

# APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

17/2010 · 26. April 2010



## Stadtentwicklung

*Walter Siebel*

Die Zukunft der Städte

*Sophie Wolfrum*

Stadt, Solidarität und Toleranz

*Christine Hannemann*

Heimischsein, Übernachten und Residieren

*Katja Marek*

Rekonstruktion! Warum?

*Ingrid Breckner*

Gentrifizierung im 21. Jahrhundert

*Michael Zinganel*

Auf Angst gebaut

## Editorial

Mit der Stadt verband sich seit jeher die Hoffnung auf ein besseres Leben, wie sie sich auch in der im Mittelalter geltenden Rechtsnorm „Stadtluft macht frei“ ausdrückte. Demzufolge galt ein Leibeigener, der vor seinem Herrn in die Stadt geflohen war und dort ein Jahr und einen Tag lang lebte, als frei. Dieser Hoffnung steht gegenwärtig eine zunehmende soziale und wirtschaftliche Polarisierung der Stadtgesellschaften entgegen, die sich unter anderem in Abwanderungen der Besserverdiener aus sogenannten Problemvierteln oder Verdrängung einkommensschwacher Haushalte aus „angesagten“ Bezirken widerspiegelt.

Im Dezember vergangenen Jahres beschloss der Hamburger Senat, das vom Abriss bedrohte historische Gängeviertel von einem niederländischen Investor zurückzukaufen. Dieser hatte dort einen Wohn- und Bürokomplex der gehobenen Preisklasse errichten wollen. Künstlerinnen und Künstler besetzten im August 2009 dort mehrere Häuser, um die Zerstörung zu verhindern und auf die Raumnot für Kreative aufmerksam zu machen – letztendlich mit Erfolg. In Folge der Besetzung hatte sich eine breite Debatte entwickelt, in der über den Anlass und die Stadtgrenzen hinaus über Stadtentwicklung und damit einhergehende soziale Fragen diskutiert wurde. Diese stellen sich nicht nur in Hamburg.

Die politischen und finanziellen Handlungsspielräume vieler Städte schwinden. Angesichts zum Teil dramatischer Haushaltslagen haben einige Kommunen das städtische Wohneigentum an Finanzinvestoren verkauft, damit aber ein Instrument sozialer Steuerung aus der Hand gegeben. Die Abschottung der Stadtbewohner und der Rückzug ins Private schwächen zudem das Gemeinwesen. Wie es anders gehen kann, zeigt das Beispiel Hamburg. Der Rückkauf des Gängeviertels war auch der Erfolg von Bürgerinnen und Bürgern, denen, wie die Diskussionen nach der Besetzung deutlich machten, nicht egal ist, wie sich ihre Stadt entwickelt.

*Manuel Halbauer*

Walter Siebel

# Die Zukunft der Städte

Von Stadt allgemein lässt sich nicht vernünftig sprechen. Zu verschieden sind die Wirklichkeiten, die sich hinter dem kurzen

**Walter Siebel**  
Geb. 1938; Prof. em. für  
Soziologie, Carl von Ossietzky  
Universität Oldenburg.  
walter.siebel@  
uni-oldenburg.de

Wort Stadt verbergen. Was hat eine Stadt wie Bombay mit seinen fast 14 Millionen Einwohnern und seinen Slums gemeinsam mit einer wohlgeordneten deutschen Stadt wie Freiburg, und was verbindet das heutige Essen mit jenem vorindustriellen Kleinstädtchen von rund 4000 Einwohnern, das um 1800 Essen darstellte? Deshalb ist, wenn im Folgenden von der Zukunft der Stadt die Rede ist, allein von der europäischen Stadt und am Beispiel der deutschen (Groß-)Städte die Rede. Selbst bei solchermaßen eingegrenzter Betrachtung zeigen sich vielfältige Unterschiede, die sich in Zukunft wahrscheinlich noch vertiefen werden.<sup>1</sup>

## Die europäische Stadt

Europäische Stadtgeschichte ist Emanzipationsgeschichte. Darin besteht das Einmalige der europäischen Stadt. Der griechischen Polis „lag etwas zugrunde (...), wofür wir in der Weltgeschichte zuvor kein zweites Beispiel finden: Freiheit. (...) Einmal (...) lief es ganz anders. Da war es keine Monarchie und kein herrschaftsgeübter Adel, sondern eine relativ breite, über hunderte von selbständigen Gemeinden sich verteilende Schicht von Freien, von ‚Bürgern‘, die sich ihre Welt formte“.<sup>2</sup> Und Verwandtes wiederholt sich im Mittelalter. Max Weber hat das historisch Einmalige der europäischen Städte, die sich seit dem

<sup>1</sup> Für eine ausführliche Argumentation zum Folgenden vgl. die Einleitung des Autors in: Walter Siebel (Hrsg.), Die europäische Stadt, Frankfurt/M. 2004.

<sup>2</sup> Christian Meier, Kultur um der Freiheit willen, München 2009, S. 17f.

11. Jahrhundert auf dem Kontinent bilden, mit Marktwirtschaft und politischer Selbstverwaltung definiert.<sup>3</sup> Die Städter lösen sich aus den Verbänden von Sippe und feudaler Herrschaft und verschwören sich zur Bürgerschaft einer Stadt. Gleichzeitig treten sie aus den geschlossenen Kreisläufen der Hauswirtschaft heraus, um ihren täglichen Bedarf auf dem städtischen Markt zu decken. Die europäische Stadt des Mittelalters ist ein revolutionärer Ort, Ort der ökonomischen Emanzipation des Bourgeois zu freiem Tausch auf dem Markt, und Ort der politischen Emanzipation des Citoyens zu demokratischer Selbstverwaltung.

Das für die bürgerliche Gesellschaft typische Gegenüber von Markt als öffentlichem und Betrieb/Wohnung als privatem Raum hat Hans Paul Bahrdt zur Grundlage seiner Definition von Stadt gemacht.<sup>4</sup> Die europäische Stadt – so Bahrdt – ist charakterisiert durch die Polarität von Öffentlichkeit und Privatheit. Diese Polarität und die Unübersichtlichkeit und Anonymität der großen Stadt, die sich im Zuge der industriellen Urbanisierung des 19. Jahrhunderts entwickelt, sind Voraussetzungen der sozialen Emanzipation des Individuums aus den unentrinnbaren Kontrollen dörflicher Nachbarschaft. Die moderne Großstadt wird zum Ort von Individualisierung.

Daraus lassen sich drei Charakteristika der europäischen Stadt gewinnen, die heute zwar nicht mehr auf die europäischen Städte beschränkt sind, aber die hier zum ersten Mal auftraten:

1. Mit der Stadt verbindet sich von ihren Anfängen an die Hoffnung, als Städter ein besseres Leben führen zu können. Ohne diese Hoffnung gäbe es keine Städte, denn Städte entstehen und erhalten sich durch Zuwanderung. Insbesondere die europäische Stadt steht für das Versprechen, sich als ihr Bürger aus ökonomischen, politischen und sozialen Beengungen befreien zu können. Stadtluft macht frei.

<sup>3</sup> Vgl. Max Weber, Die nicht-legitime Herrschaft (Typologie der Städte), in: ders., Wirtschaft und Gesellschaft, Studienausgabe, zweiter Halbband, Köln-Berlin 1964, S. 923–1033.

<sup>4</sup> Vgl. Hans-Paul Bahrdt, Die moderne Großstadt, Leverkusen 1998.

2. Die Stadt als demokratisch legitimes, handlungsfähiges Subjekt ihrer eigenen Entwicklung. Die Stadt Athen war eine Weltmacht.<sup>f</sup> Die freien Reichsstädte des Mittelalters waren souveräne, staatsähnliche Gebilde. Die Stein-Hardenbergschen Reformen haben Anfang des 19. Jahrhunderts eine kommunale Selbstverwaltung etabliert, die im Grundgesetz der Bundesrepublik bekräftigt worden ist.
3. Seit dem 19. Jahrhundert ist noch ein drittes Merkmal für die Entwicklung der europäischen Städte von entscheidender Bedeutung gewesen: Stadtentwicklung als Wachstumsprozess. In den 150 Jahren industrieller Urbanisierung war die Entwicklung der europäischen Stadt von Wachstum geprägt: der Zahl der Einwohner, der Arbeitsplätze, des Steueraufkommens, der Gebäude und bebauten Flächen.

Alle drei Charakteristika der europäischen Stadt sind heute gefährdet. Seit der Krise der altindustriellen Regionen ist das einheitliche Muster der Stadtentwicklung als Wachstumsprozess zerbrochen: Neben wenigen Städten und Regionen, die dem gewohnten Wachstumspfad weiterhin folgen können, gibt es solche, deren Entwicklung von Schrumpfen oder Stagnation geprägt ist. Es vertiefen sich soziale Spaltungen, die den Zusammenhalt der Stadtgesellschaft infrage stellen. Städte drohen von Orten der Integration zu Orten der Ausgrenzung zu werden. Angesichts der Aufgaben, vor die die Städte damit gestellt sind, müsste ihr Handlungsspielraum erweitert werden. Jedoch ist das Gegenteil der Fall, sodass von der europäischen Stadt als Subjekt ihrer eigenen Entwicklung kaum noch die Rede sein kann.

## Spaltung zwischen den Städten

Seit dem 19. Jahrhundert sind mit der einsetzenden industriellen Urbanisierung in Deutschland die Städte gewachsen. Sie gewannen Einwohner und Arbeitsplätze, die neue Räume benötigten, also dehnten sich die Städte aus, und das Wachstum beschränkte ihnen zugleich die finanziellen Mittel, um ihre wachsenden Aufgaben zu bewältigen.

<sup>f</sup> Vgl. C. Meier (Anm. 2), S. 38.

Das änderte sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit der Suburbanisierung: Bevölkerung und Arbeitsplätze wanderten aus den Städten ins Umland. Die Kernstädte verloren, aber die Stadtregionen wuchsen zunächst noch weiter. Doch galt das schon bald nicht mehr für die altindustriellen Regionen Ruhrgebiet und Saarland. Beginnend in den 1960er Jahren verloren sie massiv Arbeitsplätze. Also wanderten viele Menschen ab, vornehmlich in die expandierenden süddeutschen Arbeitsmärkte.

In den ostdeutschen Bundesländern verlaufen diese Entwicklungen noch weit dramatischer. Abwanderung in den Westen gepaart mit dem Rückgang der Geburten haben dazu geführt, dass manche Städte zwanzig und mehr Prozent ihrer Einwohner verloren haben. Im schlimmsten Fall werden im Jahr 2050 in den ostdeutschen Bundesländern nur noch 8,6 Mio. Menschen leben. Mit Ausnahme einzelner Stabilitätsinseln ist dort ein anhaltender „Desurbanisierungsprozess“<sup>f</sup> zu erwarten.

Die zentrale Problematik dieser Entwicklungen liegt in den darin enthaltenen selbstverstärkenden Mechanismen: Wanderungen sind fast nie sozial neutral. Es wandern diejenigen, welche wandlungsfähig sind, und das sind in erster Linie die Jüngeren und besser Qualifizierten. Deren Abwanderung macht die Region unattraktiv für Investoren, also sinken die Chancen auf künftige ökonomische Erholung. Aus den ostdeutschen Bundesländern wandern aber auch die Frauen ab. Deren Abwanderung senkt die Zahl der potentiellen Mütter, weshalb eine Stabilisierung der Bevölkerungsentwicklung durch mehr Geburten in Zukunft immer unwahrscheinlicher wird. Am Ende könnten bestimmte Räume und soziale Gruppen von der gesellschaftlichen Entwicklung abgekoppelt sein.

Das einheitliche Modell städtischer Entwicklung ist zerbrochen. Es zeichnet sich eine Spaltung der Städte ab. Auf der einen Seite solche, die dem gewohnten Wachstumspfad folgen, auf der anderen solche, deren Entwicklung von Schrumpfung geprägt ist:

<sup>f</sup> Christine Hannemann/Dieter Läßle, Zwischen Reurbanisierung, Suburbanisierung und Schrumpfung, in: Kommune, 22 (2004) 5, S. VII.

Rückgang der Bevölkerung und der Arbeitsplätze, brachfallende Flächen, ungenutzte Industriebauwerke, leerstehende Wohnungen und sinkende Steuerkraft. Angesichts dieser Entwicklungen wird das Verfassungsgebot, in allen Landesteilen gleichwertige Lebensverhältnisse zu gewährleisten, für einzelne, vorwiegend ländliche Abwanderungsregionen in den ostdeutschen Bundesländern, unerfüllbar.

## Innere Spaltung der Städte

Auch innerhalb der Städte zeichnet sich eine Spaltung ab. Sie verläuft entlang ökonomischer und kultureller Grenzlinien und sie wird durch die Stadtpolitik eher befördert als bekämpft. Die Gründe liegen zum einen in der wachsenden sozialen Ungleichheit. Zwischen 1975 und 1995 hat parallel zum Anstieg des Reichtums die Armut zugenommen. Gleichzeitig polarisieren sich die Qualifikations- und Einkommensstrukturen. Zum anderen wird die Stadtbevölkerung in Zukunft sehr viel stärker multiethnisch und multikulturell sein. In Städten wie Stuttgart und Frankfurt stellen Migranten und deren direkte Nachkommen bereits heute 40 Prozent der Bevölkerung, und ihr Anteil wird weiter zunehmen.

Aber kulturelle Differenz wird nicht nur durch Migration in eine ansonsten homogene Gesellschaft importiert. Moderne Gesellschaften produzieren aus sich heraus Heterogenität. In den großen Städten bilden sich unterschiedliche Milieus, deren Angehörige sich durchaus mit ähnlicher Distanz begegnen können wie ein deutscher Industriearbeiter seinem türkischen Kollegen. Man denke nur an Angehörige bestimmter jugendlicher Subkulturen und solche der bürgerlichen Oberschicht. Die Stadtpolitik verschärft teilweise diese Entwicklungen. In einer global erweiterten Konkurrenz konzentrieren die Kommunen ihre Anstrengungen auf ihre national und international konkurrenzfähigen Strukturen, was zu Lasten anderer, insbesondere sozialer Bereiche der Stadtpolitik geht. Hinzu kommt ein teils durch die Haushaltslage erzwungener, teils durch eine neoliberale Ideologie populär gemachter, teils durch die Entspannung auf einzelnen Wohnungsmärkten scheinbar gerechtfertigter Rückzug aus dem sozialen Wohnungsbau.

Ausgrenzung, wachsende materielle Ungleichheit, zunehmende kulturelle Heterogenität, eine auf Wachstumsförderung orientierte Stadtpolitik und die Deregulierung der Wohnungsversorgung – diese Tendenzen zusammen formen ein Szenario, in dem scharfe sozialräumliche Polarisierungen in den Städten (wieder) wahrscheinlich sind.<sup>17</sup> Und auch hier drohen selbstverstärkende Effekte. Wer kann, zieht aus schlechten Vierteln fort. Dadurch sinkt die Kaufkraft im Gebiet. Die Anbieter von Gütern und Dienstleistungen dünnen daraufhin ihr Angebot aus oder schließen ganz, das Image des Gebiets wird schlechter, die Banken werden zurückhaltend bei der Vergabe von Krediten, Hauseigentümer unterlassen Instandhaltungs- und Modernisierungsinvestitionen, das Gebiet verkommt auch äußerlich. Wenn dann noch der Anteil der Kinder aus „bildungsfernen Schichten“ in den Schulen steigt, so sehen sich weitere Haushalte veranlasst, fortzuziehen. Schließlich wohnen nur noch jene, die keine Alternative auf dem Wohnungsmarkt haben, in einem stigmatisierten Gebiet. Ein sozialer Brennpunkt ist entstanden. Solche Teufelskreise drehen sich unter Bedingungen entspannter Wohnungsmärkte außerordentlich schnell, da der Markt den zahlungskräftigen Umzugswilligen die gewünschte Wohnung auch in der gewünschten Nachbarschaft bietet, und sie sind kaum steuerbar, weil sie auf den freiwilligen Entscheidungen von Haushalten beruhen.

Obendrein lenken die Filtermechanismen auf dem Wohnungsmarkt die Zuwanderer bevorzugt in eben solche Quartiere und damit in Nachbarschaft zu den deutschen „Verlierern“ des Strukturwandels. Diese sind selten in der Lage, auf Fremde mit neugieriger Toleranz zuzugehen, im Gegenteil, sie brauchen Sündenböcke, eine Rolle, für die Fremde sich schon immer gut eignen. Und diese erzwungenen Nachbarschaften von deutschen „Verlierern“ und noch nicht integrierten Zuwanderern ergeben sich typischerweise in einer Umgebung, die ihren Bewohnern tagtäglich vor Augen führt, dass sie am Rand der Stadtgesellschaft leben. Also ist kaum zu

<sup>17</sup> Vgl. Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung/Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.), Trends und Ausmaß der Polarisierung in deutschen Städten, Forschungen, Heft 137, Bonn 2009.

erwarten, dass an solchen Orten Integration gelingt. Solchermaßen benachteiligte und benachteiligende Quartiere werden zu Räumen der Ausgrenzung von Deutschen wie von Zuwanderern. Die Stadt als Ort der Ausgrenzung aber wäre die härteste Verneinung der europäischen Stadt als Ort der Hoffnung auf ein besseres Leben.

## Sinkende Handlungsspielräume

Diese Entwicklungen treffen auf eine Stadtpolitik, deren finanzielle und politische Handlungsmöglichkeiten schwinden. Verantwortlich dafür ist einmal die Globalisierung: Sie hat einen Finanzmarkt etabliert, in dessen unkalkulierbare Krisen die Kommunen mehr und mehr eingebunden sind, auch durch eigene Schuld: Viele Kommunen haben Teile ihrer Infrastruktur an US-amerikanische Investoren verkauft (sogenannte cross-border-leasing-Geschäfte), wodurch sie in die Finanzmarktkrise hineingerissen wurden. Ähnliches gilt für die Folgen der Globalisierung auf den deutschen Immobilienmärkten. Die Finanzierungsstrategien mancher internationaler Investoren, die in den vergangenen Jahren mit Vorliebe ehemals gemeinnützige Wohnungen aufgekauft haben, lassen wenig Gutes für diese Bestände erwarten. Nicht nur schrumpft dadurch das Segment einer marktfernen Wohnungsverversorgung weiter, es wird auch der politische Spielraum der Kommunen eingeschränkt, denn sie verlieren mit den ehemals kommunalpolitisch beeinflussbaren Wohnungsbauträgern die wichtigsten Partner einer sozial verantwortlichen Stadtpolitik.

Auch Wanderungsbewegungen können den Handlungsspielraum der Städte sowohl finanziell wie politisch einengen. Wenn Wanderungen kommunale Grenzen überschreitet, verliert die Abwanderungskommune Zuweisungen und Steuern. Für normale Städte werden die Verluste auf jährlich 1500 Euro pro Abwanderungsfall geschätzt.<sup>f8</sup> Da die Abwanderer weiterhin die Einrichtungen der Kernstadt nutzen, sinken die Ausgaben der Kommunen nicht entsprechend. Ins Umland wandern in erster Linie die Jüngeren und

Einkommensstärkeren. Die Risikogruppen bleiben zurück, eine der Ursachen für eine aus der Sicht der Kernstadt negative soziale Arbeitsteilung zwischen Suburbia und Kernstadt: die Stadt als Armenhaus, das Umland als Speckgürtel. Der Anteil der Sozialausgaben an den kommunalen Ausgaben hat sich in den alten Bundesländern zwischen 1980 und 2004 von fast 12 auf rund 22 Prozent annähernd verdoppelt, während der Anteil der Sachinvestitionen sich von 30,4 auf 13 Prozent mehr als halbiert hat.<sup>f9</sup>

Zur strukturellen Finanzschwäche der Kommunen tritt die Aushöhlung der politischen Basis kommunaler Politik. Der Idealtypus des Stadtbürgers, der sein Schicksal über Eigentum und Geschäft mit dem Geschick der Stadt verbunden sieht, ist heute keine relevante Figur mehr. Es dominieren abwesende Investoren mit überlokalen Orientierungen. Auch die alltagspraktische Bindung der Bürger an ihre Stadt schwindet. Solange die Stadt die Einheit des Alltags ihrer Bürger darstellte, d. h. solange der Bürger in der Stadt, in der er wohnte, auch zur Arbeit ging, sich versorgte und die Verkehrsmittel nutzte, solange existierte eine Stadtbürgerschaft, die in sich selber die Konflikte zwischen Arbeit, Erholung, Wohnen und Verkehr austragen musste. Heute ist der Alltag vieler Bürger regional organisiert, arbeitsmäßig über verschiedene Gemeinden hinweg: Man wohnt in A, arbeitet in B, kauft ein in C und fährt mit dem Auto durch D hindurch. Die Kommunen sehen sich nicht mehr Stadtbürgern sondern Kundengruppen gegenüber, die spezialisierte Erwartungen kompromisslos erfüllt haben wollen: von A ein durch Nichts gestörtes Wohnen, von B einen expandierenden Arbeitsmarkt, von C ein Einkaufszentrum mit vielen Parkplätzen und von D eine kreuzungsfreie Schnellstraße. Damit verlieren die Kommunen die politische Basis für die Kernaufgabe kommunaler Politik, nämlich einen Ausgleich zu finden zwischen den häufig widerstreitenden Anforderungen von Wohnen, Arbeiten, Erholung und Verkehr.

Angesichts dieser Aushöhlung der finanziellen wie der politischen Basis kommunaler Politik droht die kommunale Selbstver-

<sup>f8</sup> Vgl. Albrecht Göschel, Schrumpfung, demographischer Wandel und Kulturpolitik, in: Kulturpolitische Mitteilungen, Nr. 117, II/2007, S. 35.

<sup>f9</sup> Vgl. Deutscher Städtetag (Hrsg.), Gemeindefinanzbericht 2004, S. 83.

waltung zur leeren Hülle zu werden. Solange sie innerhalb der überkommenen administrativen Grenzen organisiert bleibt, wird dieser Prozess andauern. Wenn die Stadt auch in Zukunft noch als ein demokratisch legitimes Subjekt ihrer eigenen Entwicklung agieren soll, wird die kommunale Selbstverwaltung auch auf regionaler Ebene politisch und finanziell handlungsfähig organisiert sein müssen.

Das bislang einheitliche Modell städtischer Entwicklung spaltet sich in zwei konträre Typen: Stadtentwicklung als Wachstum und Stadtentwicklung als Schrumpfen. Die Gefährdung des Verfassungsziels der Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilen der Bundesrepublik, die innere Spaltung der Städte in Inseln der Wohlhabenden und Enklaven der Ausgrenzung, und schließlich der Verlust der Steuerungsfähigkeit – angesichts dieser Tendenzen ist es berechtigt, von einer Krise der Städte zu sprechen.

## Gegentendenzen

Das Lied von der Krise der Stadt ist ein altes Lied. Es wird gesungen, seit über die Stadt diskutiert wird. Hörte man nur auf dieses Lied, müssten die Städte längst im Chaos versunken sein. Also ist nach Gegenteiligkeiten zu fragen. Dazu gehört die Abschwächung des Trends, der die Stadtentwicklung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts dominiert hat: die Suburbanisierung. Der Auszug der Wohnbevölkerung nach Suburbia war vom Wunsch nach dem Eigenheim im Grünen getragen. Die sozialen und ökonomischen Voraussetzungen hierfür aber werden schwächer, nämlich die familiäre Lebensweise als die soziale Basis für den Wunsch nach dem „Einfamilienhaus“, und die langfristige Kalkulierbarkeit des Einkommens als Bedingung der Kreditfähigkeit eines Haushalts. Auch ändern sich die Zeitstrukturen. Für Haushalte mit zwei Berufstätigen, die an verschiedenen Orten und zu unterschiedlichen Zeiten berufstätig sind, kann es in jeder Hinsicht zu teuer sein, im Umland und damit entfernt vom städtischen Arbeitsmarkt zu wohnen. Das bedeutet nicht das Ende der Suburbanisierung. Auch weiterhin werden vor allem junge Familien mit kleinen Kindern ins Umland ziehen – aus freien Stücken und getrieben von den Grundstücks-

preisen. Aber der Trend wird schwächer. Die Kernstadt gewinnt als Wohnort wieder zumindest relativ an Gewicht gegenüber dem Umland.

Dafür sprechen auch ökonomische Gründe: Die moderne Wissensökonomie hat anscheinend eine hohe Affinität zu urbanen Standorten. Und schließlich gibt es soziale Gründe für eine neue Attraktivität der Stadt. Sie hängen zusammen mit dem Wandel der Rolle der Frau. Früher konnte man, und es war in der Regel der Mann, ein berufsorientiertes Leben unter der Voraussetzung führen, dass man über einen traditionellen Haushalt verfügte, geführt von einer Hausfrau, wodurch einem der „Rücken frei gehalten“ war von allen außerberuflichen Verpflichtungen. Heute aber gibt es immer mehr qualifizierte Frauen, die selbst berufsorientiert leben und nun ihrerseits Entlastung verlangen.

Wenn immer mehr Menschen den Beruf in den Mittelpunkt ihres Lebens stellen, zugleich aber die sozialen Voraussetzungen dafür, nämlich die traditionelle Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau schwindet, dann ergibt sich ein Dilemma, aus dem nur zwei Wege führen. Erstens, man reduziert radikal alle außerberuflichen Verpflichtungen, indem man seinen Haushalt mit arbeitssparenden Gerätschaften aufrüstet, Haushaltshilfen beschäftigt und auf Kinder verzichtet. Der zweite Weg ist das Leben in der Stadt. Moderne Dienstleistungsstädte sind Maschinen, die jeden, der genügend Geld hat, mit allem versorgen, wofür man früher einen privaten Haushalt benötigte. Die moderne Stadt bietet Kinderbetreuung, Pflege der Alten und Kranken, Essen jeder Qualität, Wohnungspflege, Wäschereien, Unterhaltung und psychologischen Zuspruch, kurz alles, was man zu seiner Reproduktion braucht. Die moderne Dienstleistungsstadt ist eine Form der Vergesellschaftung der Leistungen des privaten Haushalts und damit die Voraussetzung für das berufsorientierte Leben hochqualifizierter Arbeitskräfte. Ohne die Stadtmaschine wäre die Existenz des modernen Singles gar nicht möglich. Deshalb suchen sie Wohnungen in den Innenstädten.

Diese neue Nachfrage nach Stadt ist so neu nicht. Die Stadt war immer aus eben den genannten Gründen der bevorzugte Lebensort der Singles und Kinderlosen. Neu ist, dass es

immer mehr sind, insbesondere auch Frauen, die so leben wollen. Diese Nachfrage nach Stadt muss auch nicht notwendig mit steigenden Einwohnerzahlen einhergehen, eher im Gegenteil. Weil es sich um gut verdienende, kleine Haushalte handelt, steigt die Wohnfläche pro Kopf. In derselben Bausubstanz wohnen möglicherweise weniger Menschen als vorher, ein typisches Merkmal von „Gentrifizierungsprozessen“, wie solche Aufwertungen innerstädtischer Wohngebiete durch die Nachfrage einkommensstarker Haushalte bezeichnet werden. Deshalb ist es kein Beweis gegen die These von einer Renaissance der Städte, wenn die Zahl der Stadtbewohner gleich bleibt oder gar weiter zurückgeht. Die neue Attraktivität der Stadt zeigt sich weniger in der Verschiebung der Bevölkerungsgewichte zugunsten der Stadt, denn als Angleichung der Sozialstrukturen zwischen Kernstadt und Umland: Armenhaus nicht nur in der Stadt und Speck nicht nur im Gürtel der Umlandgemeinden – mit entsprechend positiven Auswirkungen auf die Finanzsituation der Kernstadt.

Problematisch sind eher die möglichen politischen Folgen. Die neue Nachfrage nach Stadt betrifft nur wenige Standorte mit hohen sozialen und physischen Umweltqualitäten. Daneben entstehen abgewertete Quartiere der Armen, Arbeitslosen und Migranten. Es ergibt sich ein Nebeneinander von armen und reichen Quartieren. Und diese Verinselung der Stadtstruktur kann doppelt gefährlich werden für die Integration der Stadtgesellschaft: Einmal, weil so in den Städten die zunehmend ungerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums auf provozierende Weise sichtbar wird, zum anderen weil in den Gebieten der Ausgrenzung die deutschen „Verlierer“ des Strukturwandels und sozial marginalisierte Zuwanderer in eine hoch konfliktträchtige Nachbarschaft gezwungen werden.

## Hat die europäische Stadt eine Zukunft?

Es zerbricht das bislang einheitliche Muster der Stadtentwicklung in ein Nebeneinander von Schrumpfen, Stagnation und Prosperität. Innerhalb der großen Städte zeichnet sich ein Nebeneinander von aufgewerteten Gebieten für hochqualifizierte und einkommensstarke

Stadtbewohner und Gebieten einer von Ausgrenzung bedrohten Bevölkerung ab, das die Integration der Stadtgesellschaft bedroht. Die Handlungsspielräume der kommunalen Selbstverwaltung sind zudem in einer Weise eingeengt worden, dass von der Stadt als handlungsfähigem Akteur kaum noch die Rede sein kann. Ob die Tradition der europäischen Stadt als einer sozialstaatlich regulierten Institution gesellschaftlicher Integration sich dagegen behaupten wird, ist eine offene politische Frage. Ihre Beantwortung wird entscheidend davon abhängen, ob es gelingen wird, die Städte auch unter den Bedingungen von Schrumpfen, Alterung und immer enger werdenden weltweiten Konkurrenzen als handlungsfähige Subjekte zu stärken. Notwendig ist zum einen eine Gemeindefinanzreform, welche die Städte auch unter Bedingungen des Schrumpfens handlungsfähig hält. Ferner muss die Region als Handlungsebene gestärkt werden, denn viele Probleme sind innerhalb der Zufälligkeiten kommunaler Grenzen nicht angemessen zu bearbeiten. Schließlich verliert angesichts der neuen Aufgaben, die auf die Städte zukommen, das klassische Instrumentarium der räumlichen Planung an Bedeutung. Sozial-, Wirtschafts- und Kulturpolitik werden für die Entwicklung der Städte wichtiger.

Dies vorausgesetzt, lassen sich Argumente nennen, weshalb der historisch betrachtet einmalige Typus der europäischen Stadt nicht ohne weiteres von der Bildfläche verschwinden wird. Dagegen spricht auf den ersten Blick die erstaunliche Beharrungskraft einmal entstandener städtischer Strukturen. Sie ist weniger technisch bedingt als gesellschaftlich, unter anderem durch die im wahrsten Sinne des Wortes in die Struktur der Stadt investierten Interessen. Dass die deutschen Städte nach 1945 so eng entlang der alten Linien wieder aufgebaut wurden, lag zum einen an den in den technischen Infrastrukturen über Jahrzehnte akkumulierten öffentlichen Investitionen und an den privaten Eigentumsverhältnissen: Das Kanal- und Straßensystem sowie das Grundbuch, nicht die Häuser sind das stabilste Element einer Stadt. Zum zweiten ist jede europäische Stadt mit ihren Plätzen, Straßen und Gebäuden ein steingewordenes Buch der Erinnerungen. Und diese sind mit den Instrumenten des Denkmalschutzes bewehrt. Die Stabilität der Stadtstruktur ist nicht nur im Geld-

beutel, sondern auch in den Köpfen der Menschen verankert.

Eigentumsverhältnisse und historisch verankerte Identitäten sind beides Argumente, die beharrende Widerstände benennen. Sie können das Verschwinden der europäischen Stadt verlangsamen aber nicht aufhalten. Doch es lassen sich auch Argumente für eine künftige Notwendigkeit der europäischen Stadt anführen.

- ökonomische: die wachsende Bedeutung urbaner Milieus in wissensbasierten Ökonomien;
- soziale: die Attraktivität der Innenstädte als Wohn- und Lebensort für hochqualifizierte Arbeitskräfte mit nicht-familialen Lebensweisen;
- ökologische: die kompakte europäische Stadt als nachhaltigere Siedlungsform im Vergleich zu flächenintensiveren Strukturen;
- politische: die Notwendigkeit lokal differenzierter Politiken angesichts neuer Steuerungstechniken eines aktivierenden Sozialstaats.

Und schließlich wird die demographische Entwicklung die Bedeutung der Städte für die Zukunft der Gesellschaft erhöhen: Wie immer richtet sich auch heute die Zuwanderung auf die großen Städte. Die großen Städte sind die Motoren der gesellschaftlichen Entwicklung. In naher Zukunft werden bis zur Hälfte der jüngeren Arbeitskräfte in den Großstädten einen Migrationshintergrund haben. Wenn die europäische Stadt ihr altes Versprechen auf ein besseres Leben gegenüber den heutigen Migranten nicht mehr erfüllen kann, wenn diese keinen Zugang zu höheren Schulen und zu qualifizierten Arbeitsplätzen finden, wenn also die Stadt von einem Ort der Integration zu einem Ort der Ausgrenzung wird, dann wird das die Zukunftsfähigkeit nicht nur der Städte sondern der ganzen Gesellschaft infrage stellen.

Sophie Wolfrum

# Stadt, Solidarität und Toleranz

**G**ibt es eine Krise des öffentlichen Raums? Oder leiden wir an Verlustängsten, wie oft, wenn sich etwas Vertrautes ändert? Ändert sich die Definition, die Wahrnehmung oder die Praxis? Ich werde nicht alle Fragen beantworten können, mit denen wir heute konfrontiert sind. Auch werde ich in der Argumentation ausholen, um zu ihrem Kern zu kommen: Wir erleben einen Paradigmenwechsel in der Bewertung des Öffentlichen und Privaten, der große Folgen für die Städte hat.

**Sophie Wolfrum**

Prof. Dipl.-Ing., geb. 1952;  
Ordinaria für Städtebau und  
Regionalplanung an der Archi-  
tekturfakultät der TU München,  
Arcisstraße 22, 80333 München.  
ls.wolfrum@lrz.tum.de

Die Grenzen zwischen dem Öffentlichen und Privaten waren nie statisch, auch die Inhalte beider Sphären verändern sich ständig. Es gibt keinen über Epochen und verschiedene Kulturen hinwegreichenden allgemeingültigen Katalog, der festlegen könnte, welche Lebensbereiche öffentlich sind und welche privat. Es gab jedoch lange Phasen, in denen eine gewisse Stabilität herrschte. In Schwellenzeiten kann man Verschiebungen in seiner eigenen Lebensspanne wahrnehmen. Für meine Generation ist das der Fall.

## Öffentliche Sphäre – Private Sphäre

In den 1960er Jahren gab es schon einmal einen intensiven Diskurs, der den Wandel der bürgerlichen Öffentlichkeit diagnostizierte und diesen mit der Struktur der Stadt in Verbindung brachte. So auch der Titel des bekannten Buches von Jürgen Habermas 1962 „Strukturwandel der Öffentlichkeit“.<sup>1</sup> Die harsche Kritik an der Praxis des Städtebaus der Moderne in der Nachkriegszeit beklagte unter anderem einen Verlust an Urbani-

<sup>1</sup> Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Neuwied-Berlin 1962.

tät. Sie sah in den mangelhaften öffentlichen Räumen eine der Ursachen. Die funktionalistisch zugerichtete Stadt bot zwar bis dahin unbekanntes Komfort für die Masse der Bevölkerung, sie ermöglichte erstmalig gesunde Wohnbedingungen, der Zauber des Städtischen blieb dabei auf der Strecke. Monotonie und Homogenität statt Vielfalt und Urbanität stellten sich ein. Alexander Mitscherlich nannte es Unwirtlichkeit.<sup>12</sup>

Hannah Arendt schrieb zu der Zeit ein Buch, das zehn Jahre später in Deutschland veröffentlicht wurde: „Vita activa oder Vom tätigen Leben“.<sup>13</sup> Sie beschreibt dort ausführlich die komplexe Verschiebung, die das Verständnis von Privatem und Öffentlichem in der Vergangenheit erfahren hat und weiterhin erfährt. In den Gesellschaften der Antike in Griechenland und im römischen Reich, im Mittelalter und in der Neuzeit in Europa machten jeweils sehr verschiedene Inhalte öffentliches Leben und den Bereich des Privaten aus. Man kann zwar verallgemeinern: Öffentlich sind solche Tätigkeiten, die sich auf eine allen gemeinsame Welt richten, die Arendt als Schülerin Martin Heideggers als „welthaltig“ bezeichnet. Privat sind solche Tätigkeiten, die der Erhaltung des Lebens dienen und die im Verborgenen stattfinden. Konkret sind aber jeweils in den Epochen unterschiedliche Aktivitäten in den beiden Sphären zu finden.

Mein Blick in die Geschichte folgt Hannah Arendt: Der schiere Erhalt des Lebens war in der Antike eine Zeit füllende und eine Leben füllende Tätigkeit: Bei den Griechen war der ganze Bereich der Ökonomie privat. Die Polis war von den banalen Notwendigkeiten der Lebenserhaltung befreit. Der freie Bürger brauchte Haushalt, Besitz und Wirtschaft als Basis, um sich überhaupt der Politik in der Polis widmen zu können. Haushalt und Politik waren das Paar, dem das Private und das Öffentliche entsprachen.

Auch in den folgenden Jahrhunderten, in Zeiten vor der Moderne, musste man den schützenden Bereich von Haus und Hof verlassen, um sein Leben innerhalb der öffentli-

chen Angelegenheiten einbringen zu können. Es erforderte immensen Mut, man musste sein Leben wagen.<sup>14</sup> Die Kluft zwischen dem Privaten und Öffentlichem war immens. Die mittelalterliche Stadt zeigte das am Beispiel der enormen Differenz von Kathedrale zu Wohnhaus.

In der Moderne stehen Nationalökonomie, Staatshaushalt und kommunale Daseinsvorsorge für die Ausweitung des ehemals Privaten in das Gesellschaftliche. Das, was wir heute das Gesellschaftliche nennen, ist modern, sagt Hannah Arendt: ein Zwischenreich, in dem private Interessen, die des Haushaltes, öffentliche Bedeutung bekommen. „Das auffallende Zusammenfallen des Aufstiegs des Gesellschaftlichen mit dem Verfall der Familie ...“ ist die Konsequenz dieser Verschiebung der Sphären.<sup>15</sup> Die Familie wird zunehmend ökonomisch entlastet, als Freizeitunternehmen verliert sie ihre existentielle wirtschaftliche Bedeutung, komplementär verliert sie ihre Kraft zur personalen Verinnerlichung.<sup>16</sup>

Dieses Thema nimmt in den Diskursen der 1960er Jahre breiten Raum ein, es begann mit der Klage über den Autoritätsverfall des Familienvaters. Bis heute ist der „Verfall der Familie“ ein Thema der aktuellen Politik. Die traditionelle Form der Familie als Versorgungsinstitution wird zum Randphänomen in unserer Gesellschaft. Das Zusammenleben in kleinen Gruppen wird je nach Bedürfnis jeweils neu verhandelt. Alle Funktionen des Haushaltes können heute durch infrastrukturelle oder warenförmige Angebote abgedeckt werden. „Die moderne Stadtmaschine mit ihrer Überfülle an Gütern, Dienstleistungen und Infrastrukturen kann als die vollständige Vergesellschaftung des privaten Haushaltes begriffen werden.“<sup>17</sup> Viele Menschen kochen nicht mehr zu Hause, wenige nähern sich noch Kleider, Wintervorsorge, Vorratshaltung, das alles lässt sich auslagern. Was dabei von kommunaler oder staatlicher Hand oder durch die private Wirtschaft bewältigt werden sollte (Brot: privat, Wasser: kommunal, Infrastruktur: staatlich) ist Inhalt eines

<sup>12</sup> Vgl. ebd., S. 36, 37.

<sup>13</sup> Vgl. ebd., S. 40.

<sup>14</sup> Vgl. J. Habermas (Anm. 1), S. 189. In Berufung auf Helmut Schelsky.

<sup>15</sup> Walter Siebel/Jan Wehrheim, Öffentlichkeit und Privatheit in der überwachten Stadt, in: DISP, Heft 153 (2003), S. 5.

<sup>12</sup> Vgl. Alexander Mitscherlich, Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden, Frankfurt/M. 1965.

<sup>13</sup> Hannah Arendt, Vita Activa oder Vom tätigen Leben, München 1967, zitiert nach Ausgabe 1981.

darüber hinausgehenden politischen Diskurses, der immer wieder mit Vehemenz geführt wird.

Zurück zu Hannah Arendt: „Ob eine Tätigkeit privat oder öffentlich ausgeübt wird, ist keineswegs gleichgültig. Offenbar ändert sich der Charakter des öffentlichen Raumes, je nachdem welche Tätigkeiten ihn ausfüllen.“<sup>18</sup> Auch die Tätigkeiten selbst ändern sich vice versa. Ob also Essen für fünf Personen in einer kleinen Küche gekocht wird oder für viele in einem Schnellrestaurant, das macht einen großen Unterschied. Ist das Schnellrestaurant nun ein öffentlicher Ort oder ist es ein privates Unternehmen?

Das Öffentliche ist welthaltig und das Private ist so weltlos, dass es in letzter Konsequenz nicht kommuniziert werden kann. An eingängigen Beispielen erläutert das Hannah Arendt: Der Schmerz ist eine Empfindung, die schlechterdings nicht mitteilbar ist und nicht wirklich mitempfunden werden kann, er kann höchstens Mitleid erwecken. Er ist die privateste intime Empfindung überhaupt. Und auch die Liebe: „Wegen der ihr inhärenten Weltlosigkeit muten uns daher alle Versuche, die Welt durch Liebe zu ändern oder zu retten, als hoffnungslos verlogen an.“<sup>19</sup>

Hannah Arendt zitiere ich so ausführlich, weil sie eine Protagonistin der Moderne ist, die uns verstehen lässt, wie Erwartungen meiner Generation an den öffentlichen Raum geprägt wurden. Öffentlicher Raum nicht im städtebaulichen Sinne, als architektonisch definierter Ort für öffentliche Tätigkeiten, sondern als allgemeine Sphäre, in der diese bestimmte Art von Begegnung und Austausch, das Gemeinsame zwischen Menschen stattfindet. Wenn ein Mensch zum ganzen Menschen wird, dann hat er Teil an dieser Welt, bringt sich in die Öffentlichkeit ein, er kann die Mühen, Alltagszwänge und Geheimnisse des Privaten hinter sich lassen, sogar über sie hinauswachsen. Im Öffentlichen erfährt man als gesellschaftliches Wesen Bestätigung, es ist der Bereich der Selbstverwirklichung.

Dort lag offenbar der Bereich der Selbstverwirklichung bis in die Moderne hinein. Doch das hat sich geändert.

<sup>18</sup> Vgl. H. Arendt (Anm. 3), S. 47.

<sup>19</sup> Vgl. ebd., S. 51.

Der Wertewandel wird seit den 1970er Jahren erfahrbar. „The Fall of Public Man“ von Richard Sennett erhält den deutschen Untertitel: Tyrannie der Intimität.<sup>10</sup> Genuin private Interessen wie das Verlangen nach Ruhe und Sicherheit im privaten Haushalt beginnen öffentliche Entscheidungen zu dominieren. Das ist der Januskopf jeder Bürgerinitiative, welche die Vorlieben und Sonderinteressen ihrer Aktivisten zu einer öffentlichen Angelegenheit zu machen weiß.

Peter Sloterdijk entfaltet in seiner Sphären-Trilogie einen Gegensatz von Immunität und Kommunität, des Ganz-bei-sich-sein und des am Gemeinschaftswerk der Welt Teil-haben. Es ist ein zeitgenössisches Verständnis des Privaten, im Privaten ist man ganz bei sich. Der Mensch versteht sich als Individuum, das dort zur Ruhe kommen kann. Der Hauptcharakter der Wohnung liegt demnach in ihrer Aufgabe als räumliches Immunsystem, sie ist ein Bereich des „Wohlseins gegen Invasoren und Überbringer des Unwohlseins“.<sup>11</sup> Die Wohnung ist die Abwehrmaschine des modernen Menschen, sie hat Anteil am Kernprozess der Modernisierung. Wohnen braucht Unaufmerksamkeit und Normalität, Immunität heißt: Freistellung vom Gemeinschaftswerk. Die schillernden Worte, die Sloterdijk benutzt, machen deutlich, dass hier etwas enorm Wichtiges passiert ist im Vergleich zur Welt von Hannah Arendt: Der Bereich des Wohlseins ist der private Bereich. Eine Wertung, die aufmerksam macht auf weitere Autoren, auf einen gegenwärtigen Tenor im Diskurs, der das Öffentliche und das Private grundsätzlich anders bewertet. Der private Bereich ist der, in dem sich Individualität leben lässt, er ist die Sphäre persönlichen Ausdrucks und bietet das Plateau der Selbstentfaltung.

Die Sphäre der Selbsterschaffung nun im Privaten zu sehen, während sie bis in die jüngste Vergangenheit in dem Vermögen gesehen wurde, sich in der öffentlichen Sphäre betätigen zu können, werte ich als Paradig-

<sup>10</sup> Richard Sennett, *The Fall of Public Man*, New York 1974. Deutsche Ausgabe: *Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannie der Intimität*, Frankfurt/M. 1986.

<sup>11</sup> Peter Sloterdijk, *Sphären 3. Schäume*, Frankfurt/M. 2004.

menwechsel. Bei Hannah Arendt noch konnte man erfahren, dass bis in die Moderne die öffentliche Sphäre diejenige war, in der sich der Mensch entfalten, über die Alltagszwänge hinauswachsen und an der Welt teilhaben konnte. Dort wurde er zum „ganzen Menschen“. Im Kontext der Reflexiven Moderne, Postmoderne oder Nachmoderne dagegen wird der Mensch dann „er selbst“, wenn er im Privaten ganz bei sich sein kann. Selbst, Selbsterschaffung und Selbstentfaltung wird nun mit dem Privaten gleichgesetzt.

Die private Sphäre ist ein von Staat, Gemeinwesen und deren Zumutungen zu schützender Bereich. Die öffentliche ist diejenige, in dem sich das Individuum bewähren, ständig anpassen, neue Rollen einnehmen, auf der Hut sein muss und zum Manager seines Lebenslaufes wird. So argumentiert zum Beispiel die Philosophin Beate Rössler: „In liberalen Gesellschaften hat das Private die Funktion, ein autonomes Leben zu ermöglichen und zu schützen.“<sup>12</sup> In der Privatsphäre kann man selbst den Zugang zu dieser kontrollieren. Sie bietet Schutz vor unerwünschtem Zutritt anderer, vor fremden Menschen, Handlungen, Wissen, Räumen, Entscheidungen, Verhaltens- und Lebensweisen. Auch Rössler sieht die Grenzen zwischen beiden Sphären fließend, die historische Dimension spielt da weniger eine Rolle als der Blickwinkel und das jeweilige Interesse, aus dem heraus die Grenze gezogen wird. Die Grenzen zwischen öffentlich und privat stehen nicht fest, sie sind von der Situation abhängig und stehen zur Debatte, sagt auch sie. Ihre Argumentation ist jedoch von einem politischen Interesse geprägt, indem sie fragt: Warum ist Privatheit wertvoll? Ihre Antwort: Weil sie mit dem Wunsch nach Autonomie verknüpft ist.

Die Wertungen von Arendt und Rössler sind extrem unterschiedlich, auch wenn beide in den Begriffen Freiheit, Autonomie und selbstbestimmtes Handeln kulminieren. Ist bei Hannah Arendt der Mensch erst ein aktiv Handelnder, wenn er die Sphäre unmittelbarer Selbsterhaltung übersteigt, in der Welt agiert, so sieht Beate Rössler gerade in der Privatheit das Versprechen eingebettet, als autonomes Subjekt in Freiheit handeln zu können.

<sup>12</sup> Beate Rössler, *Der Wert des Privaten*, Frankfurt/M. 2001, S. 10.

Die hohe Wertschätzung des Privaten hat enorme Auswirkungen auf die Produktion von Stadt. Die „urbanen“ Konsumenten der Gegenwart fragen nach individuellen Wohnungen, milieuspezifisch abgegrenzten Siedlungen, nach vermeintlich eigensinnig gestalteten kulturellen Umfeldern. Die private Sphäre differenziert sich räumlich aus. Die Nachfrage wird forciert durch den spekulativen Immobilienmarkt bedient. Dieser Prozess ist durch die gegenwärtige ökonomische Krise, das Platzen der Immobilienblase in Teilen der Welt, nur unterbrochen, nicht beendet. Der genuine Ort des Privaten, die Wohnung, wird über alles gesetzt. Sie soll am Meer liegen, oder auf dem Land, oder wenn in der Stadt, dann ungestört von Nachbarn, Verkehr, fremden Geräuschen und Einflüssen. Ein Ort der Autonomie und Immunität. Dort will man nur besucht werden, wenn man Gäste geladen hat. Einfach mal klingeln und vorbeischaun, das machen noch nicht einmal mehr die Kinder.

Nur in der Privatsphäre kann man selbst den Zugang zu dieser kontrollieren. Eine widersprüchliche Entwicklung: einerseits wird die Wohnung zum Ort gesellschaftlicher Positionierung, andererseits zum Schonbereich vor genau diesen Anforderungen. Hinaus geht man gezielt, um wohl dosiert soziale Kontakte zu pflegen. Der soziale Privatraum wird zu einem zu verteidigenden Territorium, das vor Kriminalität oder einfach nur vor Fremden oder auch vor jeglichen Veränderungen abgeschirmt werden muss. Stabilität wird mit aller Macht erzwungen, Zutritte kontrolliert, Homogenität erzeugt. Tyrannei der Intimität.

Zugleich – das erscheint erst einmal widersprüchlich zu der hohen Bedeutung der privaten Räume – ist eine zunehmende Wertschätzung öffentlicher Räume zu beobachten. Die Pflege der öffentlichen Räume gehört zu den Essentials guter Stadtplanung und die Menschen nehmen diese Räume an. Es scheint geradezu eine komplementäre Sehnsucht zum entfalteten Privaten zu geben, die in der öffentlichen Sphäre der Städte erfüllt werden will: Museumsnächte, Stadtstrände, Sommerfeste, Cityreisen, Stadtmarketing. Die Bespielung der Kernstädte scheint immer noch steigerungsfähig zu sein. Zudem verlagern sich Orte öffentlichen Lebens in kommerzielle Entertainment-Center, Flughäfen, Malls.

In der Urbanistik gibt es seit Jahren eine Debatte um *new public domains* und temporäre Orte, die neben Park, Platz und Straße neue Räume des Öffentlichen entdeckt.<sup>13</sup> Andererseits erleben gerade die klassischen Stadträume ein Revival. Sie werden mit Sorgfalt gepflegt, erneuert, neuen Bedürfnissen angepasst, die gesellschaftliche Zuwendung ist unübersehbar, wenn auch kritisch reflektiert als „Themenpark Innenstadt“ für ausgewählte soziale Gruppen.

## Urbanität, Toleranz und Solidarität

Urbanität bedeutet, aus dem privaten Rückzugsbereich in die Welt heraustreten zu können – in eine Sphäre von Fremdheit, die durch Toleranz bis hin zur Blasiertheit gebändigt ist. So sagt Georg Simmel schon 1903: „Die Reserviertheit mit dem Oberton versteckter Aversion erscheint nun aber als Form oder als Gewand eines viel allgemeineren Geisteswesens der Großstadt. Sie gewährt nämlich dem Individuum eine Art und ein Maß persönlicher Freiheit, zu denen es in anderen Verhältnissen gar keine Analogie gibt.“<sup>14</sup>

Urbanität ermöglicht fremd sein, anders sein, etablierte Rollen verlassen zu können – um den Preis, die Rolle des Urbanisten (Simmel) zu spielen. Man lässt andere Menschen nicht an sich heran, urbane Verhaltensmuster lassen physische Nähe zu, weil man weiß, dass gleichzeitig die Distanz zur Person gewahrt wird. Diese Kühle in der Nähe macht Toleranz möglich und Fremdheit erträglich. So lautet die klassische Definition von Urbanität in der Stadtsoziologie seit Simmel.

Die Stadt der Moderne setzte das Solidaritätsprinzip in gleichwertige Wohnbedingungen um, also in eine Stabilisierung der Privatsphäre. Ihr Mangel an Urbanität wurde dagegen heftig beklagt. Ihre solidarische Leistung sollten wir jedoch nicht gering schätzen, denn sie bleibt weiterhin eine politische und soziale urbanistische Aufgabe angesichts der politischen Brisanz sozialer Ungleichheit in den wachsenden Städten der Welt. Es könnte sein, dass öffentliche Räume nicht per se Urbanität erzeugen,

<sup>13</sup> Vgl. Maarten Hajer/Arnold Reijndorp, *In Search of New Public Domain*, Rotterdam 2001.

<sup>14</sup> Georg Simmel, *Die Großstädte und das Geistesleben* (1903), in: ders., *Brücke und Tür*, Stuttgart 1957, S. 234.

sondern nur dann erfolgreich sind, wenn sie von großen Teilen der Stadtgesellschaft auch in Gebrauch genommen werden können. Urbanität zu ermöglichen verlangt also zugleich Rückzugsbereiche des Privaten zu schaffen, die dem Individuum erst die Stärke zur Begegnung mit dem Anderen im urbanen Raum verleihen. Heute betonen wir in der öffentlichen Sphäre neben dem Ort der Toleranz, dem klassischen urbanistischen Motiv, auch den der Solidarität. In der Folge verändert sich auch die Definition von Urbanität, denn der politische Aspekt einer gesellschaftlichen Solidarität bekommt zunehmendes Gewicht.

## Selbst, Solidarität und öffentlicher Raum

Alle diese gegensätzlichen Tendenzen sind unübersehbar. Wie kann die zeitgenössische Stadt die Privatsphäre so vorrangig bedienen, dass allerorten weltweit territoriale Enklaven für ausdifferenzierte Lebensstile entstehen? Stadtlandschaften wachsen heran, unendliche Teppiche von Einzelhäusern ohne öffentliche Räume außer Straßen. Wie kann man gleichzeitig eine Wiederentdeckung des öffentlichen Raumes konstatieren und seine Krise diagnostizieren? Die unterschiedlichen Tendenzen sind schwer in ein schlüssiges Theoriegebäude zu bringen, das an die urbanistische Praxis konzise anschließt.

Eine Hilfe bietet der amerikanische Philosoph Richard Rorty: Auch er sieht im privaten Raum die Sphäre der Selbsterschaffung der Individuen, im öffentlichen Raum die Sphäre der Solidarität. Der Irrtum, das Vorurteil, unserer Profession besteht darin, beide im Widerspruch und in Konkurrenz zueinander zu sehen. Als ob wie auf einer Waage mehr Privatheit die Schale des Öffentlichen leeren würde. So ist es jedoch nicht, sagt Rorty. Die eine Sphäre entfaltet sich nicht notwendig auf Kosten oder in Abhängigkeit der anderen. Rorty „versucht zu zeigen, wie es aussieht, wenn wir die Forderung nach einer Theorie, die das Öffentliche und das Private vereint, aufgeben und uns damit abfinden, die Forderungen nach Selbsterschaffung und nach Solidarität als gleichwertig, aber für alle Zeit inkommensurabel zu betrachten“.<sup>15</sup>

<sup>15</sup> Richard Rorty, *Kontingenz, Ironie und Solidarität*, Frankfurt/M. 1992, S. 14.

Mit diesem hilfreichen Hinweis können wir uns wieder dem diffizilen Verhältnis beider Sphären zuwenden. Stadt, die ein öffentliches Leben begünstigt, wird als Indikator oder als Nährboden für Urbanität angesehen. Aber wo ist öffentliches Leben in der Stadt? Was können wir über Straße, Platz und Park hinaus, die Prototypen des bürgerlichen öffentlichen Raumes, als öffentliche Räume bezeichnen? Die möglichen Antworten sind auch von der oben angeführten Bewertung des Privaten beeinflusst. Wo sieht man die Räume autonomen Handelns und könnte damit weiterhin auch Öffentlichkeit eingeschlossen sein?

Das urbane Leben, das Alltagsleben des Städters, ist von der Polarität der öffentlichen und privaten Sphären, dem Wechsel von der einen in die andere Raumsphäre geprägt.<sup>16</sup> Die Zuordnung von Aktivitäten zu öffentlichen oder privaten Räumen, wenn es diese Zuordnung in dieser Trennschärfe je gegeben haben sollte, verschiebt sich heute wiederum. Private Tätigkeiten, die im „Prozess der Zivilisation“ (Norbert Elias) in die private Sphäre eingehaust wurden, werden an die Öffentlichkeit gezerrt: Eine Verschiebung der Scham- und Tabugrenzen ist offensichtlich. Was allein beim Telefonieren in die Öffentlichkeit getragen wird! Wird es damit zu einer öffentlichen Angelegenheit? Was offenbaren Menschen über sich in einschlägigen Fernsehshows! Um sich als Teil der Welt zu empfinden?

Privates Territorium wird über die Wohnung hinaus auf ganze Teile der Stadt ausgedehnt, ehemals öffentliche Funktionen werden eingehaust, ein ganzer Ausschnitt der Stadt unter privates Hausrecht gestellt. Die Einhausung von Teilen der Stadt ist das eine Phänomen: die Ausdehnung privat (auch privatrechtlich) kontrollierter Zonen auf Bereiche, die wir als öffentlich zugänglich kennen, Straßen und Märkte vor allem.

Aber hat es eine säuberliche Trennung der Sphären und der realen Räume für das eine oder das andere je gegeben? Viele Räume für Einrichtungen, die wir dem öffentlichen Leben zuzählen, sind schon immer „gated“ und haben ein privates Hausrecht: In die Oper kommt man nicht ohne Eintrittskarte hinein, auch nicht ins Fußballstadion. Bibliotheken

haben Öffnungszeiten und soziale Zugangs-codes. Also wären nur diese Räume urban, die jedem ohne Unterschied und jederzeit zugänglich sind? Die Straße? Aber auch da gibt es eine soziale Kontrolle: Frauen meiden Straßen und Parks in der Nacht: ein temporärer Ausschluss. Kleine Kinder kann man nicht auf öffentliche Straßen lassen, die dem Autoverkehr seit 50 Jahren gewidmet sind.

So wie man nicht nur lesen können, sondern tunlichst auch über eine gewisse kanonisierte Bildung verfügen muss, sowie den Diskurs der Zeit um Politik, Kultur und Wirtschaft verfolgt haben sollte, um eine große Tageszeitung lesen zu können, so muss man auch über gewisse Codes verfügen, um öffentliche Räume überhaupt in Gebrauch nehmen zu können. „Öffentlicher Raum als jederzeit für jedermann zugänglicher Raum hat (...) noch nie in irgendeiner Stadt existiert. Er ist immer auch exklusiver Raum. Verschiedene Städte in verschiedenen historischen Epochen unterscheiden sich vor allem darin, wer auf welche Weise aus welchen Räumen ausgeschlossen wird.“<sup>17</sup>

Warum also die Klage, seit ein paar Jahren sei alles anders? Verschwinden nicht immer wieder öffentliche Räume, und dafür entstehen neue?

## Kulturen des öffentlichen Raums

Deswegen führt die gegenwärtige Diskussion weg von dem Fokus auf die Funktionalität städtischer Räume, er beschäftigt sich vielmehr mit ihrer oft schillernden Bedeutung und performativen Ingebrauchnahme. Die Urbanistik interessiert sich für temporäre Räume und Möglichkeitsräume, *new public domains* und kommerzielles Entertainment, Peripherie und Zwischenzonen, Niemandsländer und Prachtplätze, Museen und Theater, Schulen und Tempel, Clubs und Szenen, Strände und Flüsse, Parks und öffentliche Gärten, Straßen und Boulevards.

In jeder Stadt sind zudem Räume wichtig, die außerhalb der Aufmerksamkeit stehen, die von neuen Gruppen entdeckt werden können. Eine Brache in der Innenstadt, ein temporär der Jugendszene überlassenes Haus in zentraler Lage, das sind die interessantesten Orte, wo etwas

<sup>16</sup> Vgl. Walter Siebel, *Wesen und Zukunft der europäischen Stadt*, in: DISP, Heft 141 (2000), S. 31.

<sup>17</sup> W. Siebel/J. Wehrheim (Anm. 7), S. 4.

Neues entstehen kann. Aber nur dank dieses temporären Status, der ökonomische Verwertbarkeit und tradierte Bedeutung für eine kurze Zeit außer Kraft setzt und Experimente zulässt. Denn schnell würden sie wieder belegt und exklusiv für eine kleine Szene sein. Temporäre Orte, die urbane Qualität haben, sind letztendlich nicht planbar. Ihr sozialer Effekt, Randgruppen und Szenen einen Ort für Auf-führung, Darstellung, Zuhause oder Experiment zu bieten, ergibt sich gerade daraus, dass diese Orte im Windschatten der Aufmerksamkeit, oft auch in dem der Ökonomie, liegen.

Wichtiger werden auch die Schnittstellen und Schwellen zwischen beiden Sphären, Übergangsräume, die zwischen Privatem und Öffentlichem vermitteln können, oder auch die nötige Distanz erlauben. Die Erdgeschosszone von Wohnhäusern bietet einen solchen Schwellenbereich. Vorgärten, kleine Plätze in den Stadtteilen, breite Gehwege, es gibt viele beiläufige Orte, die dem dienen können.

Die Kulturen des Öffentlichen sind so vielfältig wie die Orte des Öffentlichen. Gleichzeitig ist die Pflege der öffentlichen Räume eine öffentliche Aufgabe der jeweiligen Stadtgesellschaft. Wir fragen uns heute, welches öffentliche Potential ein Themenpark, ein Flughafen, ein Einkaufszentrum hat. Entstehen nicht in einer sich ändernden Gesellschaft zwangsläufig neue öffentliche Räume, die wir als solche erkennen müssen, um sie auch im Sinne der Stadt gestalten zu können? Die Herausforderung der Urbanistik, der Stadtplanung und des Städtebaus liegt heute darin, in diesem komplexen Feld zu agieren. Die sich ausdifferenzierende Gesellschaft erzeugt einen großen Teil der Stadtproduktion über den privaten Markt. So entstehen auch Räume, die öffentliche Rollen spielen können, obwohl sie nicht offensichtlich öffentlich sind. Weiterhin wird es jedoch eine explizit politische Aufgabe sein, die Räume der Solidarität und der Toleranz in einer Gesellschaft aktiv bereitzustellen. Sie machen die Kultur des Städtischen aus, sie ermöglichen ein großes Spektrum an Kulturen des Öffentlichen. Schauen wir uns die sozialen Konflikte in vielen Städten der Welt an, so erkennen wir leicht die immense Bedeutung einer guten Politik des Städtischen, die die Pflege der öffentlichen Räume einschließt.

*Christine Hannemann*

## Heimischsein, Übernachten und Residieren – wie das Wohnen die Stadt verändert

Wohnen ist der konservativste Lebensbereich, so die lange Zeit geltende Übereinkunft in den relevanten Forschungsdisziplinen. Bei den Anforderungen an die Wohnstätten von Menschen gelte es zunächst, so auch im 21. Jahrhundert, Grundbedürfnisse nach Schutz, Intimität und Privatheit zu befriedigen. Die These des konservativen Grundcharakters des Wohnens galt jedoch auch für die Anforderungen, die nicht anthropologisch fixiert sind, sondern von gesellschaftlichen und sozialen Wandlungsprozessen bestimmt sind. Angesichts der postmodernen Transformation aller Lebensverhältnisse verändert sich jedoch das Wohnen gerade in der Stadt grundsätzlich. In diesem Beitrag werden einige zentrale Aspekte des Wandels des städtischen Wohnens diskutiert und es wird gezeigt, dass dieser Lebensbereich weitgehend nicht mehr als grundsätzlich „konservativ“ zu charakterisieren ist; ausgenommen die Grundbedürfnisse.

**Christine Hannemann**

PD Dr. phil., geb. 1960;  
wissenschaftliche Mitarbeiterin  
im Arbeitsbereich Stadt- und  
Regionalsoziologie am Institut  
für Sozialwissenschaften der  
Humboldt-Universität zu Berlin,  
Unter den Linden 6, 10099 Berlin.  
christine.hannemann@  
sowi.hu-berlin.de

### Individualisierung und Wohnen

Die Ursachen hierfür sind vielfältig und betreffen zunächst den gesellschaftlichen Wertewandel, der in den späten 1960er Jahren einsetzte. Zur Kennzeichnung dieses Prozesses ist hierfür durch die Soziologie der wissenschaftliche Begriff der Individualisierung geprägt worden. Er bezeichnet einen mit der Industrialisierung und Modernisierung der westlichen Gesellschaften einhergehenden Prozess des Übergangs des Individuums von der Fremd-

zur Selbstbestimmung. In der gegenwärtigen postmodernen Gesellschaft prägt eine qualitativ neue Radikalisierung diesen Prozess. Gesellschaftliche Grundmuster wie die klassische Kernfamilie zerfallen. Der zunehmende Zwang zur reflexiven Lebensführung bewirkt die Pluralisierung von Lebensstilen und Identitäts- und Sinnfindung werden zur individuellen Leistung. Für das Wohnen ist dabei vor allem die Singularisierung relevant, als freiwillige oder unfreiwillige Form des Alleinwohnens und der Schrumpfung der Haushaltsgrößen. Gerade die mit dem Alleinwohnen verbundenen Verhaltensweisen und Bedürfnisse verändern die Infrastruktur in den Innenstädten: Außerhäusliche Einrichtungen wie Cafés und Imbissmöglichkeiten bestimmen zunehmend die öffentlich sichtbare Infrastruktur in den Stadtteilen. Dies gilt gleichermaßen für Angebote von Dienstleistungen aller Art.

Hinsichtlich dieses Trends sind gerade aus den Medien quantitative Alarmierungen nach dem Motto „Die Gesellschaft vereinsamt – immer mehr Singles in den Großstädten“ bekannt. So präsentiert eine aktuelle Studie eines Wirtschaftsberatungsunternehmens die Erkenntnis, dass der Anteil der Einpersonenhaushalte in Deutschland weiter wachse. Laut dieser Studie wohnen 38 Prozent der Deutschen allein. Berlin ist mit einem Anteil von 52 Prozent „Singlehauptstadt“.<sup>1</sup> Allerdings, und darauf verweist zurecht die Webseite „www.singlegeneration.de“, die sich mit Akteuren, Positionen und Abgrenzungspolitiken gegenüber der Singles beschäftigt, sind solche Aussagen nur bedingt aussagekräftig: Da das Statistische Bundesamt nicht die Haushaltsstrukturstatistik mit der Bevölkerungsstruktur verknüpft, ergibt sich ein verzerrtes Bild der tatsächlichen Lebensverhältnisse in Deutschland. Aus der Haushaltsstatistik resultiert eine Überschätzung des Alleinwohnens.

Auch wenn deshalb über die genaue Zahl der Alleinwohnenden nur spekuliert werden kann, bleibt erstens die Tatsache, dass sich die Anzahl der Personen, die in einem Haushalt zusammenleben, gerade in Städten immer weiter verringert. Jeder zweite Haushalt in deutschen Großstädten ist ein Einpersonenhaushalt, das Statistische Bundesamt nennt dies

ausdrücklich ein „Großstadtphänomen“. Dies betrifft vor allem Personen im Alter zwischen 20 und 40 Jahren, die gleichwohl temporär alleine wohnen. Wie viele Umfragen immer wieder bestätigen, wird dies nicht als eine auf Dauer gestellte Wunschwohnform betrachtet, sondern als Übergangsphase zu Gemeinschafts- oder familiären Wohnformen.

## Alterung und Wohnen

Zweitens betrifft dies auch das Phänomen der Alterung der Gesellschaft. Ein immer größerer Anteil von Menschen wohnt als „Hochbetagte/r“ allein. Für das Wohnen im Alter ist das zunehmende Alleinwohnen von hochbetagten Frauen in Privatwohnungen charakteristisch. Das resultiert aus der nach wie vor längeren Lebenserwartung von Frauen und dem immer stärkeren und besser zu realisierenden Wunsch, möglichst lange in den eigenen vier Wänden zu leben. Vor allem aber bleiben „die Alten“ auch länger „jung“ und aktiv. Traditionelle Altenheime entsprechen nicht dem vorherrschenden Wunsch nach Beibehaltung der gewohnten, selbständigen Lebensführung. Alte wohnen bis weit in ihre Siebziger Jahre eigenständig. Selbst in ihren Achtzigern bleiben viele noch vital. „Beim Thema Wohnen ist in den Lebensentwürfen 50+ ein neuerlicher Variantenreichtum an die Stelle von Altenheim oder Pflege innerhalb der Familie getreten. Zwei populär diskutierte Modelle für das Wohnen im Alter sind die Alten-Wohngemeinschaft und das Mehrgenerationenhaus. (...) 60 Prozent unserer Befragten halten das Mehrgenerationenhaus (...) für hoch attraktiv. Nicht weil sie derzeit einen besonderen Bedarf dafür hätten, sondern weil es unter der Perspektive schwindender Familiensolidarität eine echte Alternative darstellt. Das Modell findet jedoch aus einem weiteren Grund bei der Zielgruppe 50+ breite Unterstützung: 88 Prozent der Menschen zwischen 50 und 70 Jahren würden nie oder nur im Pflegefall in ein Altenheim gehen.“<sup>2</sup>

## Integrative Wohnprojekte

Beispielhaft für diesen Wandel des Wohnens in der Stadt sind hier Projekte, die unter den Be-

<sup>1</sup> „Mehr als jeder dritte Deutsche wohnt allein“, online: [www.gfk-geomarketing.de/fileadmin/newsletter/pressemitteilung/bvvsd\\_2008.html](http://www.gfk-geomarketing.de/fileadmin/newsletter/pressemitteilung/bvvsd_2008.html) (6.4.2010).

<sup>2</sup> Dieter Otten/Nina Melsheimer, Lebensentwürfe „50plus“, in: APuZ, (2009) 41, S. 34, online: [www.pfb.de/files/XGI2F3.pdf](http://www.pfb.de/files/XGI2F3.pdf) (1.4.2010).

griffen Mehrgenerationenwohnen (MGW) und Baugemeinschaften (BG) firmieren. Der Anspruch, MGW zu verwirklichen, wird erst seit einigen Jahren stärker erhoben, obwohl es sich eigentlich um eine alte Wohntradition handelt. Auch die BG (oder auch Baugruppen oder Baugemeinschaft) als private Eigentümergemeinschaft haben sich zunehmend zu einem Erfolgsmodell insbesondere in wohlhabenderen Städten der Bundesrepublik entwickelt. Die Präferenz für einzelnen Modelle oder mögliche Mischformen zwischen ihnen ergibt sich aus den sozialen Milieus des jeweiligen Ortes und aus den ideellen Zielvorstellungen der Projekte. Tendenziell befördern Genossenschaften stärkere soziale Mischungen als rein private Baugruppen. Bei letzteren dominiert, auch durch die Finanzierungsform erzwungen, ein gehobenes Mittelschichtsmilieu. Die Realität von Wohnungsfinanzierung und Wohnungsmarkt drängt vor allen Dingen Besserverdienende zu den privaten BG mit ihrer weitestgehend freien Verfügbarkeit und damit Wertsteigerung des Wohneigentums. Soziale Mischung und Genossenschaftsprinzip hingegen stellen eine Bremse für die Wertsteigerung des Wohnungsbestandes dar. MGW und BG sind getragen von einer Kultur der Selbsthilfe und der Selbsttätigkeit einer gebildeten, über materielles und kulturelles Kapital verfügenden, in der Regel akademisch qualifizierten Mittelschicht.

Allerdings zeigen erste Studien hinsichtlich des MGW, dass gerade die Verbindung von Alten und jungen Familien mit Kindern ein seltener Grenzfall ist. Es dominiert die Generation 50+, die noch Älteren sind schon schwächer vertreten, Junge sind, abgesehen von eigenen Kindern, unterrepräsentiert. Die Vermutung lautet: „Die MGW- Bewegung ist noch ein Generationsprojekt der älter werdenden mittleren Generation, genauer der Babyboomer.“<sup>¶</sup> Die Wortführer und die Aktiven sind häufig jenseits der Fünfzig, seltener die wenigen Jungen. In der Aktivenkultur besteht darüber hinaus eine beträchtliche Professionalität. Häufig sind die Gründer eines Projekts selbst Architekten oder, wie in dem sehr großen Projekt „Beginenwerk e. V.“

¶ De+ architekten mit Werner Sewing, Mehrgenerationenwohnen in den neuen Bundesländern – Abschlussbericht. Forschungsergebnis und Konzept, H.1/2, Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung, Berlin 2009, unveröff., S. 22.

in Berlin-Kreuzberg, als Sozialplaner Mitarbeiter im Kontext der Entwicklung des Konzepts der „behutsamen Stadterneuerung“ in den 1980er Jahren.<sup>¶</sup>

Das Konzept der BG<sup>¶</sup> hingegen ist häufig eine Initiative von jungen Familien. Ältere sind zwar integriert, jedoch eher nicht Initiatoren und nicht in einer nennenswerten Anzahl vertreten. Diese Altersspezifik bewirkt eine andere Ausrichtung des Wohnsinns, das zwar auf das städtische, gleichwohl eher kleinstädtische Milieu gerichtet ist: „Berlins dörflichstes Wohnprojekt findet sich in Kreuzberg“ analysiert spitzzünftig „Die Tageszeitung“.<sup>¶</sup> „Haus & Hof“ heißt in Berlin eine BG, die durch einen Architekten in Form von fünf dreigeschossigen Reihenhäusern mit Garten und Dachterrasse – sowie einem Doppelhaus realisiert wurde. Das Konzept steht für einen Mix aus dörflichem Wohngefühl und urbaner Umgebung. Die Berliner Stadtpolitik bewirbt dieses Konzept als hoch notwendiges Projekt, um junge Familien in der Stadt zu halten. Garten und Dachterrasse plus Ganztagskinderversorgung, wie auch Kino und Biosupermarkt wohnortnah, das sind die Konturen eines neuen urbanen Lebensstils, der von der Idee – frei nach Karl Kraus – „Urbaner Gemütlichkeit“<sup>¶</sup> getragen wird.

## Desintegrative Wohnprojekte

Zielen die MGW und BG-Projekte auf integriertes innerstädtisches Wohnen, fokussieren andere neue Wohnprojekte durch exklusive Lage, Abschottung oder Serviceangebote auf „residentielle Exklusivität“. Immer häufiger werden Wohnungen in Wohnlagen konzipiert, die auf die Abgrenzungsinteressen ihrer Nutzer ausgerichtet sind. Das innerstädtische Wohnen als räumliches Medium der Gesellschaft dient zunehmend als symbolische Ressource in alltäglichen Kommunikationspraktiken, als Mittel der Distinktion. Die Adresse

¶ Vgl. ebd.

¶ Eine hervorragende aktuelle Übersicht für Deutschland bieten Stefan Krämer/Gerd Kuhn, Städte und Baugemeinschaften, Stuttgart 2009.

¶ Uwe Rada, Die Stadt im Dorf lassen, in: Die Tageszeitung (taz) vom 27.1.2010.

¶ Frei nach Karl Kraus, der bekanntlich von einer Stadt, in der er leben sollte, Asphalt, Straßenspülung, Haustorschlüssel, Luftheizung und Warmwasserleitung verlangte, da er selbst gemütlich genug sei.

symbolisiert den sozialen Status in der Gesellschaft. Eine Vielzahl dieser Projekte befriedigt jedoch nicht nur soziale Statusbedürfnisse sondern auch alltägliche Nutzungsanforderungen. So wirbt beispielsweise die Nymphenburger Höfe Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG in München: „Wohnen in den Nymphenburger Höfen bedeutet ein Stück Münchner Mitte kaufen. Die Maxvorstadt ist eines der derzeit angesagtesten Stadtviertel Münchens. Neben Restaurants, Szene-Bars, Biergärten und Trend-Läden verfügt die Maxvorstadt über eine einmalige Dichte an Museen, Theatern, Universitäten und wissenschaftlichen Instituten. Außerdem haben zahlreiche renommierte Konzerne, Consultingfirmen und Werbeagenturen Ihren Sitz in der Maxvorstadt.“<sup>8</sup> Offeriert werden unter anderem „Design-Apartments“ die sich als Opernwohnung, Studentendomizil, Zweitwohnung oder gar als Lebensmittelpunkt eignen.

Andere Wohnprojekte gehen noch einen Schritt weiter und greifen auf das Konzept der *gated community* zurück. Dies ist ein Stichwort, das zumindest in deutschen Großstädten im Kontext des Wandels des Wohnens aufgrund von Individualisierung nicht mehr außer Acht gelassen werden kann. Als Ende der 1980er Jahre die neuen sozialräumlichen Spaltungen der Städte in der Stadtforschung beispielsweise als *quartered city* (Peter Marcuse) beschrieben wurden, begründete die Disparitätsthese auch den Beginn einer Auseinandersetzung mit nichtöffentlichen und ummauerten Wohnanlagen. Historisch gesehen sind räumlich und baulich abgegrenzte Wohnanlagen zwar in Europa und den USA eigentlich keine neue Erscheinung. Was bislang aber hauptsächlich aus Megastädten der sogenannten Dritten Welt bekannt war oder als neue Form des Wohnens in postsowjetischen Städten galt, existiert auch in deutschen Großstädten, zwar noch in geringem Umfang, ist aber von stadtpolitischer Brisanz. So wurde in Berlin mit den „Prenzlauer Gärten“ in hervorragender innerstädtischer Lage eine Neubausiedlung realisiert, die 60 Reihenhäuser umfasst. Ganz in weiß gehalten, ist deren wichtigstes stadträumliches Merkmal ein Tor, das die beiden Kopfbauten am Eingang vom Rest der Stadt trennt und deutlich sichtbar

<sup>8</sup> Kurzinfo Nymphenburger Höfe, online: [www.nymphenburger-hoefe.de/wohnen/de/kurzinfo.html](http://www.nymphenburger-hoefe.de/wohnen/de/kurzinfo.html) (24.3.2010).

den Wunsch nach „Zutritt nur für Bewohnende“ signalisiert.

Auf die Verbesserung von Vermarktungschancen zielen des Weiteren Wohnkonzepte, die zusätzlich zur Wohnstätte auch einen speziellen Service anbieten. Basierend auf dem *doorman*-Konzept werden den Bewohnern verschiedene Dienstleistungen angeboten. Allerdings lässt sich hier nicht in jedem Fall ein Trend der Nobilitierung des städtischen Wohnens konstatieren, sondern ist Ergebnis davon, dass sich der Prozess der Individualisierung mit dem der Subjektivierung von Arbeitszeiten und -formen verknüpft. Die Erosion der Normalarbeitsverhältnisse ist zum einen immer häufiger mit Prekarität, also mit temporärem und finanziell ungewissem Charakter verbunden, aber zum anderen auch mit Zeitsouveränität durch flexible Arbeitszeiten. Dabei entstehen individuelle Möglichkeiten zur Gestaltung der persönlichen Lebensbereiche. Arbeiten und Wohnen überlagern sich, die tradierte Trennung von Privatheit und Öffentlichkeit hebt sich auf. In Städten wie Wohngebieten verändern sich zeitliche Nutzungsmuster.

## Subjektivierung der Arbeit und multilokales Wohnen

Eine in ihrer Bedeutung bisher zu Unrecht wenig thematisierte Verschiebung städtischer Wohnverhältnisse ergibt sich aus diesem Wandel der Arbeitswelten: Multilokalität wird zur sozialen Praxis von immer mehr Menschen; insbesondere von Berufstätigen, denn ein Schlüsselerfordernis gegenwärtiger gesellschaftlicher Verhältnisse ist Mobilität. Berufliche Mobilität ist heute zwangsläufig eine Grundbedingung der Erwerbsarbeit.

Eine spezifische Form des Mobilseins, die sich auch als Spannungsfeld zwischen Mobilität und Sesshaftigkeit konstituiert, ist das multilokale Wohnen, also die Organisation des Lebensalltags über zwei oder mehr Wohnstandorte hinweg. Aufgrund seiner wachsenden quantitativen und qualitativen Bedeutung erweist sich dies für Städte als eine hoch praxisrelevante Erscheinung, die spezifische Wertungen von Wohnen und Wohnumwelten zur Folge hat. Multilokalität hat inzwischen einen solchen Umfang und solche Spezifik erlangt, dass in der sozialräumlichen Forschung diese Praxis der Lebensführung „gleichberechtigt

neben Migration und Zirkulation zu stellen“<sup>9</sup> ist. An die Stelle der überwiegend ortsmonogamen Lebensformen tritt immer häufiger, – freiwillig oder erzwungenermaßen – „Ortspolygamie: Mit mehreren Orten verheiratet zu sein“.<sup>10</sup> „Multilokalität (...) an zwei (oder mehr Orten) bedeutet nämlich, dass neben der ursprünglich bestehenden Wohnung eine zweite Behausung verfügbar ist, die als Ankerpunkt des Alltagslebens an einem zweiten Ort genutzt werden kann.“<sup>11</sup> Auch wenn quasi viele solche Menschen kennen – wenn sie nicht sogar selbst diese Lebenspraxis leben –, für die das multilokale Wohnen in unterschiedlichster Weise Alltag ist, fehlt bisher eine detaillierte quantitative Abschätzung.

Die ersten Ergebnisse dieses neuen Forschungsfeldes zeigen, dass multilokales Wohnen überwiegend als eine vom Beschäftigungssystem auferlegte Belastung erlebt wird, die von sozialen Netzwerken aufgefangen werden muss – die gleichzeitig durch diese Arbeits- und Lebensform beeinträchtigt werden. Multilokalität wird, so scheint es bislang, nur von Haushalten mit geringen sozialen Bindungen und individualistischen Orientierungen als positive Erweiterung von Lebenschancen und Horizonten wahrgenommen.<sup>12</sup>

## Wie das Wohnen die Stadt verändert

Aus der Vielzahl der möglichen Schlussfolgerungen sollen, quasi im dialektischen Wechselspiel, zusammenfassend zwei gegenläufige Tendenzen des Wohnwandels herausgestellt werden. Heimischsein, Übernachten und Residieren stehen als Begriffe nicht nur für die

<sup>9</sup> Peter Weichhart, Multilokalität – Konzepte, Theoriebezüge und Forschungsfragen, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.), Multilokales Wohnen. Informationen zur Raumentwicklung, H. 1/2, Bonn 2009, S. 7.

<sup>10</sup> Vgl. Ulrich Beck, Ortspolygamie, in: ders. (Hrsg.), Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung, Frankfurt/M. 1997, S. 127.

<sup>11</sup> Vgl. P. Weichhart (Anm. 9), S. 8.

<sup>12</sup> Vgl. Katharina Bluhm/Christine Hannemann/Hartmut Hirsch-Kreinsen/Rainer Neef/Günter Voß, Einleitung zur Sektionsveranstaltung Multilokales Leben – Multilokale Haushalte – Multilokale Arbeit. Erweiterte Optionen oder erhöhte Unsicherheit?, in: Unsichere Zeiten. Verhandlungen des 34. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Jena, Frankfurt/M. – New York 2010 (i. E.).

Vielfalt an unterschiedlichen Ausprägungen, die das Wohnen heute aufweist, sondern sie reflektieren auch weitgehend eigenständige Dimensionen: Wer eine Wohnstätte als *oikos* (griech.: Hausgemeinschaft) eines privaten Lebensortes definiert, übernachtet nicht nur, wie etwa sonst aus berufsmigrantischen Gründen wochenlang oder wöchentlich. Wer eine Wohnstätte als Residenz definiert, für den hat diese vor allem distinktive Symbolisierungsqualität: Eine Einzimmerwohnung in Apartments am Brandenburger Tor oder am Potsdamer Platz in Berlin kann nur einen überwiegend repräsentativen Charakter mit lediglich temporärer Wohnfunktion haben, da im Hauptraum nicht Platz für mehr als ein Doppelbett ist. Wohnen kann sich sogar auf „Übernachten“, also auf die reine Behälterfunktion reduzieren: Soziale Einbindung, gar nachbarschaftliches Engagement oder kulturelle Inwertsetzung werden nicht am zeitlich gesehen „Meistwohrt“ realisiert, sondern nur am Ort des zeitlich weniger genutzten Hauptwohnsitzes.

Zwar bleibt die Angewiesenheit auf die Containerfunktion der Wohnung als grundlegende Existenzform des Menschen konstant, aber ihr jeweiliger lokaler Stellenwert verschiebt sich, wird hybrider: Temporäre Wohnformen jeder Art werden verbreiteter. Gerade mit den Mitteln von modernen Kommunikationstechnologien kann das Heimischsein zu Orten hergestellt, erhalten aber auch konstituiert werden, die nicht auf den aktuellen Wohnsitz bezogen sind; auch wenn man aus steuerlichen Gründen hier gemeldet ist. Für den Wandel des Wohnens ist hier bestimmend, dass sich in Folge der skizzierten Prozesse von Individualisierung, Subjektivierung und Multilokalität vor allem Koordinaten und Inwertsetzung des „bewohnten“ Territoriums ändern. Forschungen der Verhaltenswissenschaften untersuchen das sogenannte menschliche Territorialverhalten. Deren Ergebnisse besagen, dass erst die Definition eines eigenen Territoriums identitätsbildend wirkt.<sup>13</sup> Irwin Altman, einer der Urväter der Privacy-Forschung, macht verschiedene Arten von Territorien aus, da die Bindungen von Menschen an räumliche Gegebenheiten sehr unterschiedlich sein können. Ein primäres Territorium ist definiert als klarer Lebensbezugspunkt, und

<sup>13</sup> Vgl. Irwin Altman, The environment and social behaviour – Privacy, Personal Space, Territory, Crowding, Monterey/CA 1975.

erst seine Aneignung bedingt die Aufrechterhaltung der eigenen Identität. Dies zielt auf ein räumlich fixiertes und sichtbares Refugium zur Sicherung der für die Lebens- und Arterhaltung notwendigen Reproduktionsbedürfnisse. Das ist in unserer Kultur traditionell wesentlich die (eine) Wohnung. Entscheidend ist hier die anthropologische Tatsache, dass sich dieses primäre Territorialverhalten immer nur auf einen Ort bezieht. Multilokalität aber bedingt im Extremfall die Reduktion des Hauptwohnsitzes zur Übernachtungsbehausung. Der Ethnologe Marc Augé spricht von einer Zunahme von *non-lieux*, Nicht-Orten, in den Zeiten der Postmoderne.<sup>14</sup> Es wird quasi ortlos gewohnt.

Angesichts der Individualisierung gewinnt die Wohnfunktion in der Stadt aber auch wieder an Bedeutung. War lange Zeit die Suburbanisierung der bestimmende Trend des Wohnens, wird heute wieder das Wohnen in den Städten zum bevorzugten Ziel verschiedenster „Nutzergruppen“.<sup>15</sup> Über die tatsächliche Renaissance der Stadt wird in der Fachwelt zwar heftig gestritten, unübersehbar aber sind die Veränderungen in innerstädtischen Wohngebieten: Waren diese lange Zeit, pauschal gesprochen, Wohnstandorte von sozial Schwachen, prägen heute junge Familien, Edelfurbanisten, Studierende und Jungakademiker sowie auch Senioren- und andere Residenzen innerstädtische Wohnmilieus. Die Struktur der Stadtbewohner wird älter und sichtlich bunter:

- Veränderte Lebensstile bedingen Wohnformen jenseits der klassischen abgeschlossenen Kleinwohnung mit Wohn-, Schlaf- und Kinderzimmer, etc.

- Angesichts der steigenden Lebenserwartung suchen ältere Menschen Komfort und (perspektivisch) auch Betreuungsangebote in fußläufiger Wohnortnähe. Eine autounabhängige Lebensweise wird für Hochbetagte lebensweltliche Überzeugung oder pure Notwendigkeit. Das Altenheim als altersgerechte Wohnform wird überflüssig, es sei denn als hochpreisige Edelsenioresidenz.

<sup>14</sup> Marc Augé, *Orte und Nicht-Orte*. Vorüberlegungen zu einer Ethnologie der Einsamkeit, Frankfurt/M. 1994.

<sup>15</sup> Für eine Analyse der dramatischen inneren Spaltungsprozesse in Städten siehe den Beitrag von Walter Siebel in diesem Heft.

Das MGW oder die Altenwohngemeinschaft sind Wohnmodelle, die in Zukunft noch stärker nachgefragt werden.

- Auch Einkommensstarke, häufig ohne Kinder, realisieren trendabhängige Wohnbedürfnisse in gefragten innerstädtischen Wohngebieten. Zum einen aus Distinktionsgründen und zum anderen häufig auf Grund beruflicher Praktikabilität. Hierin eingeschlossen ist die größer werdende Gruppe privilegierter Migrantinnen und Migranten,<sup>16</sup> die in deutschen Städten dauerhaft oder temporär leben. So werden ganze Stadtviertel auf neue Art ethnisch geprägt: Nicht mehr sozial marginalisierte Migranten überformen die traditionelle Infrastruktur, sondern solche mit hohem ökonomischem und kulturellem Kapital. Die distinktiven Bedürfnisse dieser neuen Stadtinteressierten führen neben der Vertiefung der sozialräumlichen Spaltung in den Städten zu Wohnsituationen, die neue Merkzeichen im Stadtbild offerieren, die von der überwiegenden Mehrheit der Stadtbewohner als positive Identifizierungsmerkmale anerkannt werden.

- Insbesondere Studierende und Hochschulabsolventen in großen Städten wollen „angesagt“ wohnen, auch wenn sie nur über begrenzte Budgets verfügen. Sie leben häufig in einer Art Gemeinschaftswohnung, um sich die hohen innerstädtischen Mieten leisten zu können. Überwiegend handelt es sich hier um Zweckwohngemeinschaften, nicht um gemeinschaftsorientierte Wohnkonzepte oder etwa Alternativmodelle zur traditionellen Familie.

Wohnen in der Stadt ist zu einer differenzierten hybriden Angelegenheit geworden: Auf der einen Seite wird wieder gewohnt, des Wohnens Stellenwert hat im städtischen Alltag, für die Stadtpolitik und für die Ausgestaltung des städtischen Stadtgefüges an Gewicht und Heterogenität zugenommen. Auf der anderen Seite wächst die Anzahl der Menschen, die zwar in der Stadt wohnen, sich aber explizit nicht heimisch fühlen und auch nicht heimisch sein wollen. Für immer mehr Menschen genügt es oder muss es genügen, zu übernachten und/oder zu residieren.

<sup>16</sup> Vgl. Florian Kreuzer/Silke Roth, Einleitung, in: dies. (Hrsg.), *Transnationale Karrieren. Biografien, Lebensführung und Mobilität*, Wiesbaden 2006.

# Rekonstruktion! Warum?

In Deutschland beherrscht der Rekonstruktionsboom viele Städte und die Frage nach den Gründen dominiert zunehmend die Überlegungen zu historischen Wiederherstellungen. Untersucht man verschiedene Rekonstruktionssituationen, zeigen sich neben stadt-spezifischen Gründen durchaus gemeinsame Überlegungen und Strategien, warum historische, meist Stadtsituationen des Barock oder der Renaissance rekonstruiert werden.

## Katja Marek

Dr. phil., geb. 1982; wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Kassel, Fachgebiet Geschichte der gebauten Umwelt/Architekturgeschichte.  
mail@katja-marek.de  
www.katja-marek.de

## Frauenkirche im Dresdner Mythos

Ein vielen Städten gemeinsamer Faktor für die Entscheidung zur Rekonstruktion ist deren Bedeutung für das erwählte oder angestrebte Stadtimage und Stadtmarketing. Nachweislich sind seit 2005, dem Jahr der Weihung der rekonstruierten Frauenkirche, die marketingrelevanten Zahlen Dresdens erheblich gesteigert worden.

Entsprechend der Marketingstrategie Dresdens wird bereits seit 2002 die Wiederbelebung des sogenannten *Mythos Dresden* angestrebt.<sup>1</sup> Dieser hat seine Wurzeln im 18. Jahrhundert, der Glanzzeit des Augusteischen Barock.<sup>2</sup> Das damit verbundene „Loblied (...) richtet sich auf die Architektur, die landschaftliche Schönheit, die großen Sammlungen, und verdichtet sich in Begriffen wie dem Diktum Herders vom deutschen Florenz oder Darstellungen

<sup>1</sup> Vgl. Dresden-Werbung und Tourismus GmbH (Hrsg.), *Dresden. Mittelfristige Marketingstrategie 2002–2005*, online: <http://web.archive.org/web/20061013101725/www.dresden.de/index.html?node=9637>.

<sup>2</sup> Vgl. Steffen Heitmann, Grußwort. Vortrag zur Ausstellung *Mythos Dresden* im Deutschen Hygiene-Museum, Dresden 2006.

wie den Veduten von Canaletto“.<sup>3</sup> Der Dresdner Mythos setzt sich diesem Zitat zufolge aus verschiedenen Einzelsymbolen zusammen, zu denen Kunst, Architektur und der Begriff Elbflorenz gehören. Die Frauenkirche ist das konstatierende und verbindende Element der einzelnen Symbole, die zusammen den Mythos Dresden bilden.<sup>4</sup> Für die Kunst und Architektur gilt sie als Wahrzeichen, da sie in einer der baulich aktivsten Zeiten entstand und so ihren festen Platz als Motiv innerhalb der künstlerischen Auseinandersetzungen mit Dresden fand. Die eigentlich landschaftlich gemeinte Bezeichnung „Elbflorenz“ erschließt sich erst im Zusammenhang mit der Frauenkirche, da deren Kuppel und Lage am Fluss der Stadt eine italienische Anmutung verleiht, die an das Vorbild am Arno erinnert. Aufgrund dieser Verwobenheit der Frauenkirche mit dem Mythos Dresden ist sie zum Symbol der Stadt geworden und wurde als solches auch vermarktet – anfangs als beliebtes Motiv der bildenden Künste, später auch in Verbindung mit Merchandising-Artikeln der Stadt wie beispielsweise Postkarten, Uhren oder Sammeltassen. Ihre häufige Darstellung auf Stadtansichten seit dem 18. Jahrhundert hat zu ihrer Popularisierung beigetragen. Für die Aufrechterhaltung des Mythos als Teil des Stadtimages ist sie deshalb unverzichtbar, obwohl die künstlerischen Darstellungen, die nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden, belegen, dass sie für die Silhouette der Stadt abkömmlich wäre, da diese andere prägnante und einzigartige Formen aufweist, wie beispielsweise die der Dresdner Kunstakademie.

Untersucht man die gängigen Postkartenmotive seit der Zerstörung der Frauenkirche bei Fliegerangriffen britischer Bomber am 13. und 14. Februar 1945, wird deutlich, dass immer dann die Sehnsucht nach einem Wiederaufbau ausgedrückt wurde, wenn sich zugleich auf die

<sup>3</sup> Dresdner Geschichtsverein e.V. (Hrsg.), *Mythos Dresden. Faszination und Verklärung einer Stadt*, *Dresdner Hefte*, 84 (2005), S. 2; Bernardo Bellotto, genannt Canaletto, war ein italienischer Maler, der 1747 aus Venedig als Hofmaler von August III. nach Dresden kam und bis 1758 zahlreiche Stadtansichten (Veduten) von Dresden schuf.

<sup>4</sup> Vgl. Katja Marek, *Rekonstruktion und Kulturgesellschaft. Stadtbildreparatur in Dresden, Frankfurt am Main und Berlin als Ausdruck der zeitgenössischen Suche nach Identität*, Kassel 2009, online: <https://kobra.bibliothek.uni-kassel.de/bitstream/urn:nbn:de:hebis:34-2009101330569/7/DissertationKatjaMarek.pdf> (11.3.2010).

historische Stadt und ihre Baukunst sowie ihre einzigartige landschaftliche Lage, also auf den Mythos Dresden, bezogen wurde. Die nach den Bereinigungsarbeiten der Nachkriegszeit noch vorhandenen Trümmer der Frauenkirche wurden 1966 von der DDR zum Denkmal erklärt. Dieser Status und die auf die Trümmer gepflanzte Rosendecke verhinderten weitgehend den Verlust weiterer Steine. Die Sehnsucht nach der Wiedererrichtung und letztlich der Schritt dazu sind Ausdruck des Wunsches nach der Wiederbelebung des Mythos Dresden und damit einer zielgerichteten Imagebildung.

Die Frage, warum gerade der Mythos Dresden als aktiver Teil des Stadtimages vermarktet wird, erklärt sich durch seine Wirkmächtigkeit, die sich an der bereits erwähnten Steigerung der Marketingstatistik<sup>¶</sup> ablesen lässt. Deren Auswertung zeigt, dass besonders das Weihejahr der Frauenkirche, 2005, in allen Bereichen hervorsticht und der Stadt ein enormes Wirtschaftswachstum bescherte: Sowohl die Tourismuszahlen als auch der damit verbundene Umsatz wurden gesteigert, ebenso die Zahl der Einwohner, die durch die zunehmende Attraktivität der Stadt angezogen wurden. Ähnliche Entwicklungen lassen sich bei der Zahl der Firmenniederlassungen und der damit einhergehenden Umsätze und Steuereinnahmen feststellen. Die angewandte Marketingstrategie hat Erfolg, der Mythos Dresden und seine Vermarktung haben sich für die Elbmetropole als finanziell sehr einträglich erwiesen. Auf diesen mit der Entscheidung zur Frauenkirchenrekonstruktion zusammenhängenden Effekt dürften auch andere Städte hoffen, was deren Entscheidung zur Rekonstruktion beeinflusst.

## Frankfurt am Main baut auf

... Dresden. Der Dresden-Effekt lässt sich in Frankfurt als einer der Gründe oder Motoren der Altstadtrekonstruktion nachweisen. Bereits der Fund von Fassadenteilen der Frankfurter Altstadt 2004 hätte Auslöser der Rekonstruktionsdebatte sein können. Tatsache aber ist, dass die Rekonstruktion der Frank-

¶ Vgl. Kommunale Statistikstelle, Wirtschaftsdaten 2005, Dresden 2006, online: [www.dresden.de/wirtschaft](http://www.dresden.de/wirtschaft) (26.9.2006); Dresden-Werbung und Tourismus GmbH (Hrsg.), Tourismus 2005 in Zahlen, Dresden 2006, online: [http://cms.tvdd.de/opencms/opencms/tvdd.de/dateien/Tourismusbericht\\_Dresden\\_2005\\_Teil\\_8.pdf](http://cms.tvdd.de/opencms/opencms/tvdd.de/dateien/Tourismusbericht_Dresden_2005_Teil_8.pdf) (11.3.2010).

furter Altstadt erst nach der Weihe der Frauenkirche zunehmend forciert wurde. Zwar gab es bereits im August die Forderung des in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung vertretenen Bürgerbündnisses für Frankfurt (BFF), in historisch angemessener Form zu bauen, allerdings war damit die Wahrung des historischen Stadtgrundrisses gemeint und nicht eine komplette Rekonstruktion der Altstadt. Erst zeitgleich mit der Weihe der Frauenkirche im Oktober 2005 wurde von den Altstadtfreunden Frankfurts das Bürgerbegehren Frankfurter Altstadt initiiert.<sup>¶¶</sup>

Die bewusste Orientierung der Mainmetropole an Dresden wird in vielen weiteren Details der Diskussion deutlich, beispielsweise in einer zweitägigen Informationsreise von Stadtverordneten nach Dresden, um dort am Beispiel des Neumarkts Anregungen für die Entscheidung über die Neugestaltung des Areals zwischen dem Rathaus am Römerberg und dem Dom zu gewinnen.<sup>¶¶</sup> Das, was in Dresden in Form der Frauenkirche begonnen wurde und sich mit dem Wiederaufbau des Neumarktes fortsetzte, bildet zwar die Vorlage für Frankfurt, aber die Sanierungsmaßnahmen der Frankfurter Altstadt sollen die Dresdner Variante noch übertreffen. In traditioneller Handwerksart sollen die im Zweiten Weltkrieg zerstörten Fachwerkhäuser nachgebaut werden, anstatt, wie in Dresden oder an der Ostzeile des Römerbergs, nur Fassaden vorzuhängen.

Es ist eindeutig, dass durch das von der „Welt“ plakativ betitelte „Dresdener Wagnis“<sup>¶¶</sup> einerseits die Hemmschwelle zur Rekonstruktion gesunken ist, und andererseits der Zuspruch zu dieser Bauform, insbesondere seitens der Bevölkerung, gewachsen ist.

## Und was wollen die Bürger?

Ist es tatsächlich im Sinne der Bevölkerung, unsere Städte zu rekonstruieren? Warum brauchen Bürgerinnen und Bürger rekonstru-

¶ Vgl. Bürgerbegehren Frankfurter Altstadt, online: <http://web.archive.org/web/20080215123908/http://www.frankfurter-altstadt.de/begehren.htm> (23.3.2010).

¶ Antrag des BFF vom 28.10.2006, NR 176, in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung.

¶ Dresdener Wagnis, in: Die Welt vom 28.10.2005, online: [www.welt.de/print-welt/article173903/Dresdener\\_Wagnis.html](http://www.welt.de/print-welt/article173903/Dresdener_Wagnis.html) (10.3.2010).

ierte Geschichte? Ist der Bürgerwille so mächtig, dass er Rekonstruktionen erzwingt?

Der Kunsthistoriker Matthias Donath schreibt von Protesten einer breiten Öffentlichkeit unter Mitwirkung von Bürgervereinen und Initiativen, die sich für die Erhaltung von bestimmten Elementen des 19. und 20. Jahrhunderts engagieren und damit die Richtung, was ästhetisch und zu erhalten ist, vorgeben.<sup>9</sup>

1989 wurde der „Ruf aus Dresden“ von einer Gruppe Intellektueller verfasst, die damit zum Wiederaufbau der Frauenkirche aufriefen. Anfangs war diese Gruppe eine Bürgerinitiative, aus der ein Förderverein (Gesellschaft zur Förderung des Wiederaufbaus der Frauenkirche Dresden) und schließlich die Stiftung Frauenkirche e. V. hervorging. Die zentrale Aufgabe dieser Stiftung war es, ein Drittel der gesamten Bausumme als Spendengelder anzuwerben, worin der Hauptverdienst der ursprünglichen Bürgerinitiative liegt. Zwar hat sie mit dem Ruf aus Dresden den Anstoß zur Rekonstruktion gegeben, aber als Projekt tatsächlich durchgesetzt wurde es allein aufgrund dieser Bürgerbewegung nicht.

Die Bürgerinitiative in Frankfurt hat einen vollkommen anderen Charakter. Zwar ist die Ausgangsforderung nach einer Rekonstruktion dieselbe, doch hat die Bürgervereinigung dort eine politische Funktion beziehungsweise als angeblicher Spiegel der Bevölkerungsmeynung einen politischen Einfluss. Die vermeintlichen Interessen der Bürger werden öffentlich hauptsächlich über die Bürgerinitiative Pro Altstadt vertreten, die sich auch Altstadtfreunde nennt. Allerdings sind einige Mitglieder dieser Initiative im BFF vertreten, das Sitze im Magistrat innehat, also politisch tätig ist. Die Bürgervereinigung in Frankfurt tritt für die Interessen einer kleinen Gemeinschaft ein, die es geschafft hat, den Wunsch nach der Rekonstruktion der historischen Altstadt politisch durchzusetzen. Der zeitgenössische Siegerentwurf eines Architekturwettbewerbs von Ende 2005 für das Areal wurde von der Bürgerinitiative erfolgreich abgelehnt. Sie forderte im

<sup>9</sup> Vgl. Matthias Donath, Denkmalpflege heißt Geschichte erlebbar machen. Vortrag anlässlich des Symposiums „Nachdenken über Denkmalpflege“ im Haus Stichweh, Hannover, am 3. November 2001, online: <http://edoc.hu-berlin.de/kunsttexte/download/denk/donath.PDF>, S. 1 (10.3.2010).

Magistrat, stattdessen auf der Grundlage des historischen Quartiersgrundrisses das Areal nicht nur im historischen Maßstab, sondern mit historischen Fassaden mit entsprechender Handwerkstechnik wieder aufzubauen. Dass sie sich damit vorerst durchgesetzt hat, ist auf eine günstige politische Konstellation der Parteien und Magistratsmitglieder und die finanzielle Planung beziehungsweise Investitionsabsicht der Stadt zurückzuführen.

## Sich wandelndes Geschichtsbewusstsein

Die Bestrebungen der Bürgerinitiativen zum historischen Wiederaufbau treffen zum Teil auf fruchtbaren Boden. Besonders in Dresden lagen bereits vor dem offiziellen Ende des Zweiten Weltkriegs im Stadtbauamt Bürgerwünsche zum Wiederaufbau der historischen Monumente vor, bei gleichzeitig herrschender Wohnungsnot. Ist also das Bedürfnis nach Geschichte ein Grund für Rekonstruktionen?

Der kulturelle Erinnerungsspeicher wurde von der Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann<sup>10</sup> als „Geschichte im Gedächtnis“ bezeichnet, die notwendig sei, um daraus eine Identität zu beziehen. Verbunden seien damit die Fragen, was von der (Kultur-)Geschichte noch vorhanden ist, was erhalten bleiben und was wieder vergegenwärtigt werden soll.

Mit der Frage, was wir erinnern wollen, und mit der Suche nach dem Inhalt der Identitätsvergewisserung hat sich der Historiker Karl Heinz Bohrer Anfang des neuen Jahrtausends intensiv beschäftigt. Er spricht in diesem Zusammenhang von einer radikalen Verkürzung der deutschen Geschichte, die sich hauptsächlich auf den Holocaust reduziere. Verbunden mit dieser „Erinnerungsstörung“ sei der Verlust der deutschen Nationalgeschichte. Er spricht von einem Erinnern des Einen und dem Vergessen des Vielen. Aus dem deutschen Geschichtsdenken seien die Epochen zwischen der Reformation und der Französischen Revolution verschwunden, ebenso das Mittelalter.<sup>11</sup> Aleida Assmann sieht inzwischen einen Wan-

<sup>10</sup> Vgl. Aleida Assmann, Geschichte im Gedächtnis. Von der individuellen Erfahrung zur öffentlichen Inszenierung, München 2007.

<sup>11</sup> Vgl. Karl Heinz Bohrer, Erinnerungslosigkeit. Ein Defizit der gesellschaftlichen Intelligenz, in: Frankfurter Rundschau vom 16. 6. 2001, S. 20–21.

del des deutschen Geschichtsbewusstseins, der mit einer Zunahme an Geschichtsbedarf verbunden sei. Gerade die Besinnung auf Situationen der Renaissance und des Barock, wie sie sich in den gegenwärtigen Rekonstruktionen ausdrückt, kann als eine gegenläufige Tendenz zu der von Bohrer diagnostizierten Erinnerungsstörung interpretiert werden.

## Rekonstruktion der Identität

Bedenkt man, dass die Geschichte im (gesellschaftlichen) Gedächtnis als Teil des öffentlichen Lebens und Bewusstseins gemeinsamer emotionaler Bezugspunkt einer Nation ist, so wird deutlich, warum sich so viele Bürger in die Debatten für oder wider Rekonstruktionen einschalten. Assmann formuliert es als ein Bedürfnis zur Mitgestaltung von Geschichte im Gedächtnis. Die Beteiligung an den entsprechenden Diskussionen und der Zuspruch zu historischen Rekonstruktionen drücken den Wunsch aus, den durch die stetige Modernisierung bedingten ständigen Veränderungen eine Konstante entgegensetzen. Architektur als die am meisten öffentliche Kunst ist in besonderem Maß dazu geeignet, Konstantes, konkreter Historisches oder, wenn dieses nicht verfügbar ist, vermeintlich Historisches in Form einer Rekonstruktion im öffentlichen Lebensraum zu erhalten, denn urbane Bausubstanzen sind als „verräumlichte Geschichte“ oder als „gebauter Geschichtsspeicher“<sup>12</sup> lesbar.

Architekturen sind Erinnerungsmedien, die emotionale Werte tradieren, die dem kollektiven Kulturgedächtnis angehören. Sie bilden die Grundlage einer kulturellen Gesellschaft und sind notwendige Faktoren, um Identität zu stiften. Identität dient als Konstante, um die sich die notwendigen Grundbedürfnisse erinnern und Erleben entwickeln lassen. Die „Geschichte und ihre architektonischen und städtebaulichen Momente bilden damit eine wesentliche Dimension, in der eine demokratische Nation ihr Selbstbild konstruiert und sich der eigenen Identität vergewissert“<sup>13</sup>. Das Erinnern ist folglich eine Konstruktion aus verschiedenen Einstellungen gegenüber der Vergangenheit und der erlebten Erfahrung.<sup>14</sup>

<sup>12</sup> A. Assmann (Anm. 10), S. 113.

<sup>13</sup> Ebd., S. 181.

<sup>14</sup> Vgl. Frederick Bartlett, *Remembering. A Study in Experimental and Social Psychology*, Cambridge 1950.

„Jede Generation teilt gewisse Grunderfahrungen, Deutungsmuster und Obsessionen, sie verkörpert damit einen jeweils anderen Blick auf die Geschichte.“<sup>15</sup> Da aber der Wert einer Architektur und die damit verbundene Erinnerung für die Identität von jeder Generation neu bestätigt werden müsse, führe das bei unterschiedlichen Generationen mit variierenden Vergangenheiten und Erfahrungen zwangsläufig zu verschiedenen Ergebnissen der Erinnerung und Beurteilung eines städtischen Objekts.<sup>16</sup> Aktuelle Wertekonflikte und konträre Denkstile in der Gesellschaft, die sich in den Debatten um ein Für oder Wider der Rekonstruktionen zeigen, können deshalb entlang der Bruchlinien von Generationen verfolgt werden.

## Einheitliche Wertebestätigung mit Hilfe der Medien?

Erstaunlich ist, dass trotz verschiedener Generationen mit vermeintlich unterschiedlichen Werten offensichtlich früher oder später eine Einigkeit hinsichtlich einer Rekonstruktion erzielt werden kann: Wurde der Wiederaufbau der Dresdner Frauenkirche anfangs heftig diskutiert, gab es nach der Weihe keine lautstarken Gegner mehr. Untersucht man die seit 1996 bis 2005 immer wieder veröffentlichten Meinungsbilder und Umfragen aller überregionalen Tageszeitungen, so lässt sich eindeutig ein Trend ablesen: Die frühen Artikel sind sachlich, dokumentieren die Hochbauarbeiten und werden begleitet von sachlichen Berichten zu Entscheidungen und Veranstaltungen. Daran schließt sich eine kritische und immer hitziger werdende Auseinandersetzung über die Wiederherstellbarkeit historischer Monumente und die Rolle der Denkmalpflege an. Einige weitere Kontroversen ergänzen den kritischen Blick, der, mit Näherrücken der Weihe, durch überschwängliche Berichterstattungen und von Würdigungen der baulichen Leistung ersetzt wurde. Die Rede ist nun vom „Dresdner Wagnis“, „schwebenden Wunder“, „Traum

S. 213f. Zitiert nach (und übersetzt von) Arno Gruen, *Symbolik und Identität*, in: Hans-Rudolph Meier/Marion Wohlleben (Hrsg.), *Bauten und Orte als Träger von Erinnerung. Die Erinnerungsdebatte und die Denkmalpflege*, Zürich 2000, S. 25–30, hier S. 25.

<sup>15</sup> A. Assmann (Anm. 10), S. 12.

<sup>16</sup> Vgl. ebd., S. 133.

aus Stein“ und „Glücksfall“<sup>17</sup>. Zum Zeitpunkt der Weihe hieß es schließlich: „Empirisch ist festzustellen, dass der Wiederaufbau [...] keine, jedenfalls keine lautstarken Gegner mehr [hat] – im Gegenteil, er ist etwas, was offensichtlich sehr viele, wohl die meisten, die dazu eine Meinung haben, für richtig und notwendig halten.“<sup>18</sup>

Dass diese Feststellung anscheinend zutreffend ist, belegt eine Umfrage von 2004<sup>19</sup>, welche die Wahrnehmung des Wiederaufbaus seitens der sächsischen Bevölkerung untersuchte. Nur 8 Prozent der insgesamt 854 Befragten beurteilen den Wiederaufbau der Dresdner Frauenkirche als „schlecht“. Der Aussage „Eigentlich hat es wenig Sinn, ein einmal zerstörtes Gebäude wie die Frauenkirche wieder aufzubauen“ widersprachen 64 Prozent. Die Medienberichterstattung und die Meinungsbildung der Bevölkerung stehen in engem Zusammenhang. War zu Beginn der Widerstand in der Bevölkerung gegenüber dem Rekonstruktionsprojekt der Frauenkirche noch groß<sup>20</sup>, so hat sich dies 2004 – kurz vor ihrer Fertigstel-

<sup>17</sup> Dankwart Guratzsch, Dresdner Wagnis, in: Welt online vom 28.10.2005, online: [www.welt.de/data/2005/10/28/795120.html](http://www.welt.de/data/2005/10/28/795120.html) (23.3.2010); ders., Schwebendes Wunder, in: WamS online vom 30.10.2005, online: [www.wams.de/data/2005/10/30/792645.html](http://www.wams.de/data/2005/10/30/792645.html) (17.10.2006); Bernhard Honnigfort, Traum aus Stein, in: FR online vom 30.10.2005, online: [www.fr-online.de/in\\_und\\_ausland/politik/zeitgeschichte/60\\_jahre\\_nach\\_kriegsende/die\\_dresdner\\_frauenkirche/?em\\_cnt=747823&](http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/zeitgeschichte/60_jahre_nach_kriegsende/die_dresdner_frauenkirche/?em_cnt=747823&) (23.3.2010); Gerhard Matzig, Glücksfall Frauenkirche, in: SZ online vom 31.10.2005, online: [www.sueddeutsche.de/politik/371/402152/text/](http://www.sueddeutsche.de/politik/371/402152/text/) (23.3.2010).

<sup>18</sup> Jürgen Paul, Die Frauenkirche und der Umgang mit historischen Baudenkmalern, in: Die Dresdner Frauenkirche. Geschichte ihres Wiederaufbaus, Dresdner Hefte, 71 (2002), S. 16–25, hier S. 16.

<sup>19</sup> Vgl. Lehrstuhl für Methoden der Empirischen Sozialforschung TU Dresden, Ausgewählte Ergebnisse der Umfrage zum Wiederaufbau der Dresdner Frauenkirche. Telefonische Umfrage, WS 2003/04, online: [http://web.archive.org/web/20040926043710/http://www.tu-dresden.de/phfs/methoden/forschung/fk\\_auswert.htm](http://web.archive.org/web/20040926043710/http://www.tu-dresden.de/phfs/methoden/forschung/fk_auswert.htm) (23.3.2010).

<sup>20</sup> Vgl. Ludwig Güttler/Hans Joachim Jäger, Die Bürgerinitiative für den Aufbau der Frauenkirche zu Dresden. Bericht über die ersten Zusammenkünfte bis zur Veröffentlichung des Appells „Ruf aus Dresden – 13. Februar 1990“ am 12. Februar 1990 im Hotel Bellevue Dresden, in: Gesellschaft zur Förderung des Wiederaufbaus der Frauenkirche Dresden e.V. (Hrsg.), Die Dresdner Frauenkirche. Jahrbuch zu ihrer Geschichte und zu ihrem archäologischen Wiederaufbau, Bd. 7, Weimar 2001, S. 195–211.

lung – komplett gewandelt, wie die Umfrage belegt. Die Medien spiegeln damit offensichtlich die unter der sächsischen Bevölkerung vorherrschende (positive) Meinung gegenüber der Rekonstruktion wider. Es stellt sich in diesem Zusammenhang aber auch die Frage, inwieweit es Medien durch gezielte Berichterstattung gelingen kann, eine ziemlich einheitliche, in dem Fall befürwortende Meinung innerhalb der Bevölkerung zu schaffen. Dass Medien den Wiederaufbau der Frauenkirche gezielt gefördert haben, bestätigen in der oben zitierten Umfrage immerhin 75 % der Befragten.

Nach Assmann muss eine Architektur, über deren Rekonstruktion nachgedacht wird, in den verschiedenen, zeitgleich existierenden Generationen in ihrer Wertigkeit bestätigt werden, d.h. sie muss für die Identität eines Großteils der jeweiligen Generation von Bedeutung sein. Medien können auf Grund ihrer Breitenwirkung die Öffentlichkeit von der Notwendigkeit eines Bauwerks für die eigene Stadtgeschichte, Identität oder das kollektive Miteinander überzeugen. An den Beispielen von Frankfurt und Dresden lassen sich sehr gut mögliche Strategien darstellen:

Unter der Schlagzeile „Die Neue Römerzeile passt auch ins Wohnzimmer“<sup>21</sup> wurde den Zeitungslesern 1983, d.h. im Jahr des Baubeginns der Rekonstruktion der Ostzeile des Römerbergs, eine Bastelvorlage aus Pappe zur Verfügung gestellt. Bis dahin war die historische Zeile aus dem Alltagsleben verschwunden, wurde auf diese Weise wieder ins Gedächtnis gerufen und damit zum Teil des gelebten Alltags. Hatte bis dahin der persönliche Bezug gefehlt, da sie in der individuellen Geschichte und Erinnerung keine Rolle spielte, wurde den Lesern durch dieses Angebot der Medien die Möglichkeit gegeben, eine persönliche Verbindung zur Rekonstruktion aufzubauen, um diese später als für die Identität notwendig bestätigen zu können.

Andere Angebote dieser Art, die medial begleitet werden, sind zum Beispiel Stadtfeste. So fand in Dresden 2006 die 800-Jahr-Feier statt. In deren Rahmen sollte ursprünglich die Weihe der Frauenkirche stattfinden, die Rekon-

<sup>21</sup> Vgl. Tagespresse vom 25.10.1983, Stadtarchiv Frankfurt/M., S 3 Sammlung Dokumentation Ortsgeschichte Römerberg: Ostzeile Wiederaufbau 1981–83, S3/F 16.014.

struktion war aber bereits ein Jahr früher als geplant abgeschlossen. Die Verbindung beider Feiern hätte ein immenses Identifikationspotential gehabt, das sich nun etwas abgeschwächt dennoch bot: Die Frauenkirche und insbesondere der gelungene Wiederaufbau wurden im Festumzug entsprechend gewürdigt; von den Hunderttausenden Zuschauern konnten wichtige Stationen ihrer Geschichte – Modell für die geplante Barockkirche – Originalbau – Zerstörung – Rekonstruktion nachvollzogen werden, alles vor der Kulisse des nun erfolgten Wiederaufbaus. Den Generationen, welche die Frauenkirche nicht mehr im Original kennen, wurde so die Möglichkeit zur Identifikation gegeben – solche Aktionen schaffen persönliche Erinnerungspunkte, die eine Wertebestätigung der Objekte ermöglichen.

Diese Form der Angebote und entsprechenden Berichterstattungen lassen es denkbar erscheinen, dass der Wunsch vieler Bürger nach rekonstruierter Architektur als Teil des realen Alltags wächst. Medien erzeugen Visionen und Wunschbilder, die in gebaute Realitäten, Rekonstruktionen, gipfeln können.

**Abbildung: Plakatwerbung der Sparkasse Dresden, Prager Straße, Juni 2006**



Quelle: Privat.

Medien haben damit die Macht die Vergangenheit in die Gegenwart zu holen – zunächst als Vision oder Bild. Zugleich können neue Bilder erzeugt werden, indem man Elemente der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft kombiniert. Die Gleichzeitigkeit verschiedener, historisch ungleichzeitiger Situationen wird dadurch ermöglicht.

Besonders in der Werbung wird diese Fähigkeit immer wieder deutlich: In Dresden auf der Prager Straße, vor dem Centrum-Warenhaus (damals Karstadt; inzwischen abgerissen), befand sich im Juni 2006 eine Plakatwerbung der Sparkasse mit dem Titel „Königliche Zinsen“. Das Paradoxe an der Situation war die zeitgleiche Präsenz der 1960er Jahre und des Heute durch den Straßenraum der Prager Straße, der endenden 1970er Jahre symbolisiert durch das Centrum-Warenhaus, der 1990er Jahre oder Gegenwart durch den Schriftzug „Karstadt“ auf der Fassade, kombiniert mit der Szene auf dem Plakat: vor dem Zwinger steht ein mit barocker Kleidung und Frisur dargestelltes Paar, das wohl dem Dresdner Augusteischen Adel angehören soll. Noch grotesker wirkt diese Kombination durch eine auf dem Plakat im Hintergrund zu sehende Touristin, die diese barocke Szene fotografiert. Der auf dem Foto deutlich hervorstechende Hinweis auf das Dresdner Stadtfest verstärkt die Akkumulation von Zeitzuständen noch, verweist er doch auf ein in der Zukunft liegendes Ereignis.

Dieses Beispiel zeigt, wie willkürlich durch den Einsatz von Medien verschiedene historische Epochen kombiniert werden können, um die gewünschte Bild- oder Werbeaussage „Königliche Zinsen“ zu erreichen. Es kann davon ausgegangen werden, dass durch das Erzeugen solcher Bildkompositionen bestimmte Erwartungshaltungen an das heutige Stadtbild geschürt werden, beziehungsweise sie dazu beitragen, dass jenes nicht mehr kritisch betrachtet wird. Die Möglichkeit einer virtuellen Kombination von zuvor historisch nicht zu Vereinbarem wird gezeigt – was spricht dann noch gegen ein entsprechend virtuos aus verschiedenen historischen Stilen zusammenrekonstruiertes, inszeniertes Stadtbild?

Ingrid Breckner

# Gentrifizierung im 21. Jahrhundert

**G**entrifizierung steht heute wieder im Zentrum öffentlicher Diskurse: In Großbritannien sind seit dem Jahr 2005 neue Veröffentlichungen zum Thema

**Ingrid Breckner**

Dr. rer. soc., geb. 1954; Professorin für Stadt- und Regionalsoziologie an der HafenCity Universität Hamburg, Winterhuder Weg 31/II, 22085 Hamburg.  
ingrid.breckner@hcu-hamburg.de

erschienen.<sup>1</sup> In Ostdeutschland entdeckten Forscher der Universität Leipzig trotz schrumpfender Bevölkerungszahlen Spuren von Gentrifizierung in aufgewerteten Altbaugebieten.<sup>2</sup> Im Westen Deutschlands brachte die zunehmende Kritik an Privatisierung und Verteuerung von Wohnraum in Großstädten das Thema wieder auf die Tagesordnung in akademischen oder politischen Veranstaltungen. Recherchen im Internet zum Stichwort „Gentrifizierung“ bestätigen die neu entflammte Diskussion in Blogs, unentgeltlichen oder kostenpflichtigen Studienarbeiten sowie in Presse, Radio und Fernsehen. Der folgende Beitrag enthält nach einleitenden begrifflichen Klärungen einen Rückblick auf die nun schon 50jährige Geschichte dieses Phänomens, eine Diskussion aktueller Erscheinungsformen und Ursachen in Deutschland sowie einen Ausblick auf perspektivische Entwicklungs- und Gestaltungsoptionen.

## Was ist Gentrifizierung?

Der Begriff „Gentrifizierung“ wurde in den 1960er Jahren von der britischen Soziologin Ruth Glass im Rahmen einer Untersuchung der Veränderungen im Londoner Stadtteil Is-

<sup>1</sup> Vgl. Lord Rogers of Riverside, *Towards a Strong Urban Renaissance*, in: [www.urbantaskforce.org/UTF\\_final\\_report.pdf](http://www.urbantaskforce.org/UTF_final_report.pdf) (7.3.2010); Loretta Lees/Tom Slater/Elvin Wyly, *Gentrification*, New York-Oxon 2006; dies. (eds.), *The Gentrification Reader*, New York-London 2010.

<sup>2</sup> Vgl. Karin Wiest/Romy Zischner, *Aufwertung innerstädtischer Altbaugebiete in den neuen Bundesländern – Prozesse und Entwicklungspfade*, in: *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften*, Bd. II, (2006) 1, S. 99–121.

lington geprägt.<sup>3</sup> Er ist vom englischen Wort „gentry“ (niederer Adel) abgeleitet und wird seither zur Charakterisierung sozialräumlicher Entwicklungsprozesse von Stadtquartieren genutzt. In der sozialwissenschaftlichen Fachwelt versteht man unter Gentrifizierung eine allmählich, durch Erneuerungsmaßnahmen und/oder Eigentümerwechsel entstehende Dominanz einkommensstarker Haushalte in attraktiven urbanen Wohnlagen zu Lasten von weniger verdienenden Bevölkerungsgruppen. Solche Prozesse verlaufen in ihrer Anfangsphase wie im Stadium ihrer Vollendung selten konfliktfrei. Sie lösen bis heute europaweit unterschiedliche stadtpolitische Protestaktionen – wie z. B. Hausbesetzungen, organisierte Mietminderung, politische Demonstrationen oder Vandalismus gegen Symbole des durchsetzungsstarken Reichtums – aus. Letzterer führte in Deutschland u. a. dazu, dass ordnungspolitische Akteure mit dem Begriff auch staatsfeindliche Aktivitäten assoziieren. Sie schreckten im Sommer des Jahres 2007 nicht davor zurück, einen Berliner Wissenschaftler zu verfolgen und zu verhaften, der sich mit diesem Thema beschäftigt.<sup>4</sup>

## Gentrifizierung im geschichtlichen Rückblick

Die geschichtliche Dimension der Thematik ist für den heutigen Diskurs über das Thema wichtig, da in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit häufig der falsche Eindruck vermittelt wird, es handle sich um ein neues stadtpolitisches Thema.

Die Entstehung und Persistenz des Gentrifizierungsdiskurses in England ist mit der in Großbritannien noch sehr ausgeprägten Trennung zwischen Klassen verknüpft.<sup>5</sup> Das Eindringen zahlungskräftiger Schichten in Gebiete der Arbeiterklasse war und ist dort deshalb ein viel sensibleres Politi-

<sup>3</sup> Vgl. Ruth Glass, *London: aspects of change*, London 1964.

<sup>4</sup> Vgl. Offener Brief an die Generalbundesanwaltschaft, online: <http://einstellung.so36.net/de/offenerbrief>; *Mein Leben als Terrorist*, online: [www.polylog.tv/videothek/videocast/9087/](http://www.polylog.tv/videothek/videocast/9087/) (22.3.2010).

<sup>5</sup> Vgl. Katja Gielnik, *Creaming the Poor? – Die Underclass-Debatten in Großbritannien und Deutschland*, in: Jens S. Dangschat (Hrsg.), *Modernisierte Stadt – Gespaltene Gesellschaft. Ursachen von Armut und sozialer Ausgrenzung*, Opladen 1999, S. 153 ff.

kum als in Ländern mit sozial gemischteren Stadtquartieren und einem feinmaschigeren Wohlfahrtsstaat. London ist zudem aufgrund seiner vielfältigen, auch international nachgefragten Arbeitsangebote schon lange ein bevorzugter Wohnstandort. Seit vielen Jahren steht dort eine hohe Wohnungsnachfrage einem geringen und qualitativ mangelhaften Angebot gegenüber. Hohe Mietpreise sind eine Folge dieser Entwicklung und führen dazu, dass sich Haushalte mit geringen Einkommen das Wohnen in zentralen Lagen der Stadt kaum mehr leisten können. Von ihnen verlassene Wohnungen werden renoviert oder abgerissen und neu gebaut, um anschließend an zahlungsfähige Kunden teurer vermietet oder verkauft zu werden.

Auf dem europäischen Festland entwickelte sich der Gentrifizierungsdiskurs ab Mitte der 1970er Jahre im Zuge der populären Hausbesetzungen in den Niederlanden.<sup>16</sup> Die Ölkrise verteuerte erstmals das Wohnen und leitete den Wandel industriegesellschaftlicher Stadtstrukturen ein. In Deutschland bestimmten – vor allem in Frankfurt, Berlin und Hamburg – Hausbesetzungen und Modernisierungen der Stadtstruktur den wohnpolitischen Alltag der 1980er Jahre.<sup>17</sup> Jüngere Bevölkerungsgruppen mit mittlerem und geringem Einkommen verweigerten die drohende Verdrängung durch Kahlschlagsanierung und teure Modernisierung an kostengünstigere Stadtränder oder gar in die suburbane Peripherie. Sie organisierten sich – angelehnt an historische Vorbilder – in Bürgerinitiativen auf Stadtteil-, Straßen- oder Hausebene, bildeten Wohnkollektive und verbündeten sich mit sozialen Bewegungen, die ihre Interessen unterstützen. In dieser Zeit entstanden in Deutschland auch die ersten stadtsociologischen Fallstudien zur Gentrifizierung infolge der Erneuerung von Wohnungsbeständen oder von Großprojekten.<sup>18</sup> Letztere förderten – wie z. B. die Ansiedlung des Europäischen Patentamtes in München – den

Zuzug gut bezahlter Bevölkerungsgruppen, mit denen einkommensschwächere ansässige Bevölkerungsgruppen auf dem Wohnungsmarkt kaum konkurrieren konnten.<sup>19</sup>

Wissenschaftliche Erklärungen von Gentrifizierung basieren auf unterschiedlichen theoretischen Annahmen. Die sozial-ökologische Deutung verfolgte längere Zeit die Perspektive eines „doppelten Invasions-Sukzessions-Zyklus“ mit der Annahme eines sukzessiven Zuzugs besser verdienender Haushalte,<sup>10</sup> die bislang empirisch jedoch nicht belegt werden konnte. Als plausibel, wenn auch um kulturelle Aspekte ergänzungsbedürftig, hat sich in kapitalistischen Gesellschaftssystemen die ökonomische Erklärung von Gentrifizierung durchgesetzt. Sie geht von Rendite-Differenzen von Gebäude- und Grundstückswerten aus. Ein durch Erneuerungsmaßnahmen steigender Gebäudewert („value-gap“) zieht hiernach später eine Erhöhung des Grundstückswertes nach sich („rent-gap“).<sup>11</sup> Solche Prozesse können durch eine Veränderung der Nachfrage nach Wohnraum sowie durch Interventionen im Wohnraumangebot sowie im Umfeld von Wohngebieten ausgelöst werden, die ihrerseits eine zahlungskräftige Nachfrage generieren. Unklar bleibt dabei, welche gesellschaftlichen Strukturen und Akteure die Wertentwicklung von Boden und Wohnraum beeinflussen<sup>12</sup> und wie sie Wertsteigerungen bewirken, die den Beginn von Gentrifizierung markieren. Diese Aspekte bleiben im Einzelfall genau zu untersuchen. Dafür eignen sich national und international vergleichende Längsschnittstudien unter Berücksichtigung von stadtpolitischen, wirtschaftlichen und sozialkulturellen Einflussfaktoren.<sup>13</sup> Sie

<sup>16</sup> Vgl. Jan van Weesep/Sako Musterd (eds.), *Urban Housing for the Better-Off: Gentrification in Europe*, Utrecht 1991.

<sup>17</sup> Vgl. Ingrid Breckner, *Wohnungsnot und Gewalt*, München 1985.

<sup>18</sup> Vgl. Jörg Blasius/Jens S. Dangschat, *Gentrification. Die Aufwertung innenstadtnaher Wohnviertel*, Frankfurt-New York 1990; Jürgen Friedrichs/Robert Kecskes (Hrsg.), *Gentrification. Theorie und Forschungsansätze*, Opladen 1996.

<sup>19</sup> Vgl. Ludwig Ecker/Klaus M. Schmals, *Stadterneuerungspolitik – Analysiert an einem Fallbeispiel*, in: *Soziale Welt*, 32 (1981) 2, S. 196–218.

<sup>10</sup> Jürgen Friedrichs, *Gentrification*, in: Hartmut Häußermann (Hrsg.), *Großstadt – Soziologische Stichworte*, Opladen 1998, S. 63; vgl. Jens S. Dangschat, *Gentrification: Der Wandel innenstadtnaher Wohnviertel*, in: Jürgen Friedrichs (Hrsg.), *Soziologische Stadtforschung (Sonderheft 29 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie)*, Opladen 1988, S. 272 f.

<sup>11</sup> Vgl. J. Friedrich (Anm. 10), S. 64 ff.

<sup>12</sup> Vgl. Helmut Brede/Barbara Dietrich/Bernhard Kohaupt, *Politische Ökonomie des Bodens und der Wohnungsfrage*, Frankfurt/M. 1976.

<sup>13</sup> Vgl. Hartmut Häußermann/Andreas Kapphann, *Berlin: von der geteilten zur gespaltenen Stadt? Sozialräumlicher Wandel seit 1990*, Opladen 2000, S. 191–201.

stellen jedoch bis heute eine empirische Forschungslücke dar. Risiken von Gentrifizierung – u. a. nach abgeschlossener Sanierungsverfahren<sup>14</sup> – werden in mehreren deutschen Städten mit dem Instrument der Erhaltungs- oder Milieuschutzsatzung zu regulieren versucht.<sup>15</sup> Erfahrungen zeigen jedoch, dass die Wirksamkeit solcher öffentlichen Interventionen vergleichsweise begrenzt ist.

## Gentrifizierung in Deutschland zu Beginn des 21. Jahrhunderts

Vor dem Hintergrund der noch lückenhaften und zum Teil nicht bekannten wissenschaftlichen Befunde über verallgemeinerbare Ursachen und Mechanismen der Gentrifizierung ist es nicht erstaunlich, dass dieses Thema zu Beginn des 21. Jahrhunderts mit viel emotionaler Empörung und normativ kontrovers diskutiert wird. Betroffene von Gentrifizierung fühlen sich existenziell bedroht und Profiteure solcher Prozesse verteidigen ihre damit verbundenen Gewinnerwartungen.

Ein Blick in aktuelle Analysen des deutschen Wohnungsmarktes zeigt dessen immer stärkere räumliche und soziale Differenzierung. Viele altindustrielle Regionen in Ost und West verlieren immer noch Einwohner und damit Nachfrager auf den dortigen Wohnungsmärkten. Bevölkerungswachstum wird im Zeitraum 2005 bis 2025 für die Teilräume um die Metropolen München, Berlin, Hamburg, in den Regionen Rhein-Main und Neckar, im nördlichen Niedersachsen sowie am Bodensee und im südwestdeutschen Grenzgebiet zu Frankreich prognostiziert.<sup>16</sup> Die Intensität und soziale Struktur des Zuzugs von Menschen führt zusammen mit der jeweils vorliegenden Struktur der Wohnungsteilmärkte zu mehr oder weniger Verdrängungsdruck gegenüber einkommensschwachen Haushalten und damit zu einem Risiko für Gentrifizierung. Die Entwicklung des Woh-

<sup>14</sup> Vgl. Heidede Becker, Sanierungsfolgen: eine Wirkungsanalyse von Sanierungsmassnahmen in Berlin, Stuttgart 1982.

<sup>15</sup> Vgl. Iris Behr, Erhaltungssatzung, Milieuschutzsatzung nach §172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BauGB: (Rechtsgutachten), Darmstadt 1989.

<sup>16</sup> Vgl. Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung (BMVBS) (Hrsg.), Bericht über die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Deutschland, Berlin 2009, S. 37.

nungsneubaus in der Bundesrepublik zeigt einen kontinuierlichen Rückgang von knapp 600 000 fertiggestellten Wohneinheiten im Jahr 1997 auf etwa 200 000 Wohneinheiten im Jahr 2007.<sup>17</sup> Insbesondere Mehrfamilienhäuser wurden deutlich weniger gebaut. Im Jahr 2006 waren von den insgesamt knapp 40 Millionen Wohnungen in Deutschland 26 Millionen (= 65 Prozent) Mietwohnungen: Davon befanden sich „61 Prozent in der Hand privater Kleinanbieter (...) und 39 Prozent (...) im Eigentum professioneller Anbieter. (...) Der Wohnungsbestand in Deutschland ist damit im Unterschied zu anderen Ländern durch eine kleinteilige Struktur mit einem hohen Anteil von Privateigentümern gekennzeichnet. Die Mehrheit der Privateigentümer besitzt nur wenige Mietwohnungen.“<sup>18</sup> Im Zeitraum 1999 bis 2008 haben Kommunen, Bund und Länder 553 000 Wohneinheiten aus ihrem Bestand und damit auch entsprechende Verfügungsrechte verloren, während private Eigentümer, darunter viele ausländische Finanzinvestoren, einen Zugewinn von 627 000 Wohneinheiten verzeichneten.<sup>19</sup> Der von Finanzinvestoren auf dem Wohnungsmarkt praktizierte „Strategie-Mix aus Bestandserhaltung und Einzelprivatisierung“ hat ihre hohen Renditeerwartungen auf entspannten Märkten kaum erfüllt.<sup>20</sup> Relevanter Zuzug einkommensstärkerer Haushalte erhöht die Wahrscheinlichkeit von Gentrifizierung in privatem Wohneigentum in attraktiven Lagen bei Steuerungsverlust der öffentlichen Hand infolge von Verkäufen eigener Bestände.

Geht Gentrifizierung mit der Verdrängung einkommensschwacher Haushalte einher, weil sie sich ihre alten Wohnungen aufgrund von Mietpreissteigerungen<sup>21</sup> nicht mehr leis-

<sup>17</sup> Vgl. ebd., S. 45.

<sup>18</sup> Vgl. ebd., S. 48 ff.

<sup>19</sup> Vgl. ebd., S. 49 f.

<sup>20</sup> Vgl. ebd., S. 51.

<sup>21</sup> Mietpreissteigerungen entstehen auf dynamischen Wohnungsmärkten mit einem ausgeprägten zahlungskräftigen Nachfragedruck aufgrund von Modernisierung und Neubau, durch regelmäßige Anpassungen des Mietspiegels an die höheren Neuvermietungsmieten, spekulative Investitionen sowie durch Strukturen des Wohnungsangebots, das der jeweils existierenden Nachfrage aus quantitativen und qualitativen Gründen nicht mehr entspricht. Letztgenannter Zusammenhang zeigt sich z. B. in Hamburg in der Tatsache, dass Ende der 1990er Jahre 75 Prozent aller Wohnungen auf dem Markt kleiner als 70 qm waren. Früher wohnten in solchen Einhei-

ten können, steigen häufig die Ausgaben der öffentlichen Hand für die Absicherung des Wohnens. Denn Neuanmietung an anderem Ort erzeugt oft höhere Wohnkosten und zwingt betroffene Haushalte zum Bezug von Wohngeld. Dabei lassen sich die für dessen Gewährung geltenden Kriterien (Wohnungsgröße pro Person und Miethöchstgrenze) insbesondere in wachsenden Metropolen häufig nicht erfüllen, wodurch das Risiko von Obdachlosigkeit steigt.<sup>122</sup>

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass sich im Wohngeldbezug ein deutliches Nord-Süd-Gefälle abzeichnet: Reine Wohngeldhaushalte (das sind solche, deren Wohnkosten gänzlich von der öffentlichen Hand bezahlt werden) konzentrierten sich im Jahr 2007 vor allem in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen, im westlichen Niedersachsen sowie in Schleswig-Holstein.<sup>123</sup> Die schwierige Lage auf diesen regionalen Arbeitsmärkten verschärft die Folgen des Rückgangs öffentlich geförderten Wohnraums. Viele bundesdeutsche Großstädte geben für die Absicherung des Wohnens schon mehr als die Hälfte des jeweiligen Haushaltsbudgets für soziale Aufgaben aus. Da es sich hierbei um eine kommunale Pflichtaufgabe handelt, die weder zu vermeiden noch zu verschieben ist, müssen bei knappen Kassen zunehmend freiwillige kommunale Leistungen wie für Kultur, Sport und Bildung gestrichen werden.

Die Gesetze zur Regelung der Unterstützung in Wohnungsnotfällen entstehen auf Bundesebene mit geringen Mitsprachemöglichkeiten der zur Zahlung verpflichteten Kommunen. Dadurch bleibt die Debatte um den Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden lebendig. Die Folgen tragen Menschen vor Ort, die sich über unzureichende Kinderbetreuung, geschlossene Schwimmbäder und reduzierte Frequen-

zen im öffentlichen Nahverkehr beschwerten, oftmals ohne deren strukturelle Ursachen zu kennen.

Die vorliegenden Daten zur Entwicklung des bundesdeutschen Wohnungsmarktes weisen auf einen Aspekt von Gentrifizierung, der bis zur Jahrtausendwende zumindest noch nicht in dem Ausmaß ins Gewicht fiel: Der massenhafte und weit verbreitete Auftritt internationaler Finanzinvestoren auf dem Wohnungsmarkt ist ein Symbol gesellschaftlicher Globalisierung. Sie prägt zunehmend auch die Arbeitsmärkte, die Wohnende zu nationaler und internationaler Mobilität zwingen. Beschleunigte Verkehrsverbindungen in der Luft sowie auf Schienen und Straßen ermöglichen Multilokalität des Wohnens und Arbeitens zu den zeitlichen und wirtschaftlichen Lasten der Betroffenen. Viele Menschen leisten sich außerdem für Freizeit Zwecke einen oder mehrere Wohnorte.<sup>124</sup> Diese Praktiken verschärfen zusammen mit höherem Wohnflächenverbrauch und einer steigenden Anzahl von kleinen Haushalten den Nachfragedruck auf das gesunkene Angebot an Neubauwohnungen.

Die durch globale Vernetzung induzierte höhere Wohnungsnachfrage trifft in regional unterschiedlicher Weise auf eine weitgehend misslungene Integration von Migranten. Diese Bevölkerungsgruppen, die seit den 1960er Jahren als ‚Gastarbeiter‘ das westdeutsche Wirtschaftswunder ermöglicht haben, weisen vielfach auch in der zweiten und dritten Generation einen unterdurchschnittlichen Bildungsgrad und gering qualifizierte Berufstätigkeiten auf. Sie können sich als Nachfrager auf dem Wohnungsmarkt oft nur durch Bündelung mehrerer kleiner Einkommen von Familienmitgliedern behaupten. Zudem sind sie häufig von Diskriminierung betroffen und ziehen sich zum Schutz davor in kleinräumige Enklaven zurück.<sup>125</sup> Vor Ver-

ten noch vier oder mehr Personen, während heute der durchschnittliche Wohnflächenverbrauch auf mehr als 40qm pro Person gestiegen ist. Die Mehrzahl der Hamburger Wohnungen ist somit nach heutigen Maßstäben oft schon für zwei Personen zu klein, wodurch der Nachfragedruck auf größere Wohnungen steigt und insbesondere in attraktiven Lagen zu überdurchschnittlichen Preissteigerungen führt.

<sup>122</sup> Vgl. Ingrid Breckner, Wohnungsnot, Obdachlosigkeit, in: H. Häußermann (Anm. 10), S. 279–288.

<sup>123</sup> Vgl. BMVBS (Anm. 16), S. 65.

<sup>124</sup> Vgl. Bundesamt für Bauwesen, Stadtentwicklung und Raumordnung (BBSR) (Hrsg.), Multilokales Wohnen, in: Informationen zur Raumentwicklung, (2009) 1/2, Bonn 2009.

<sup>125</sup> Vgl. Wolf-Dietrich Bukow/Claudia Nikodem/Errika Schulze/Erol Yildiz (Hrsg.), Was heißt hier Parallelgesellschaften? Zum Umgang mit Differenzen, Wiesbaden 2007; Wolf-Dietrich Bukow, Urbanes Zusammenleben: Zum Umgang mit Migration und Mobilität in Europäischen Stadtgesellschaften, Wiesbaden 2010, S. 81 ff.

drängung infolge von Gentrifizierung können sich einkommensschwache Zuwanderer aus dem Ausland nur durch den Erwerb von Wohneigentum oder durch den freiwilligen Umzug in günstigere Wohngebiete schützen. Diese Art von Segregation stößt immer wieder auf Akzeptanzprobleme und trägt zur Verfestigung von Diskriminierung bei. Übersehen wird dabei, dass einkommensstärkere Bevölkerungsgruppen ganz selbstverständlich das Recht ihrer Segregation in einkommenshomogenen Wohngebieten in Anspruch nehmen.

Die beschleunigte Dynamik städtischer Veränderungen infolge der Globalisierung von Arbeits-, Wohnungs- und Finanzmärkten weist keine einheitliche Richtung auf. Wachstum und Schrumpfung von Bevölkerung differenzieren sich regional und kleinräumig aus. Sie stellen die an standardisierte Maßnahmen ‚für alle‘ gewohnte Stadtpolitik vor die ungewohnte Herausforderung des Umgangs mit steigenden sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Differenzen.<sup>26</sup> Darauf kann nur adäquat reagiert werden, wenn das notwendige Wissen über die jeweils vor Ort wirkmächtigen Strukturen und Prozesse vorliegt. Da das vorhandene Wissen über Strukturen und Prozesse der Stadtentwicklung noch zu wenig präzise und in der Politik wie in der Bevölkerung nicht ausreichend verbreitet ist, stößt eine demokratische Regulation dieser komplexen Prozesse auf große Schwierigkeiten. Am Beispiel Hamburg lässt sich zeigen, wie leicht sich Konflikte auf das Thema Gentrifizierung fokussieren, in Wirklichkeit aber den gesamten Prozess der Stadtentwicklung meinen.

Im Dezember des Jahres 2009 ging in Hamburg die im August des Jahres begonnene Besetzung eines Geländes, an dessen profitabler Erneuerung schon mehrere private Investoren gescheitert waren, erfolgreich zu Ende: „Sieg der Freibeuter – Richtungswechsel in der Stadtentwicklung: Hamburg kauft das Gängeviertel zurück“ titelte Till Briegleb in der Süddeutschen Zeitung vom 17.12.2009. Der holländische Immobilienentwickler Hanzevast wollte im ehemaligen städtischen Arbeiterviertel attraktive innerstädtische Wohnungen und moderne Büros

<sup>26</sup> Vgl. Hartmut Häußermann/Dieter Läßle/Walter Siebel, Stadtpolitik, Frankfurt/M. 2008<sup>2</sup>.

errichten, konnte dies aber über längere Zeit nicht verwirklichen. Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg entschied sich – im Unterschied zur 20jährigen Konfliktstrategie gegenüber den Besetzern der Hafensstraße<sup>27</sup> – angesichts der breiten Solidarität von Bürgern mit den besetzenden Künstlern, Architekten und Stadtplanern zum Rückkauf des Geländes. Unter dem Motto „Komm in die Gänge“ mobilisieren die Aktivisten seither mit unterschiedlichen Veranstaltungen u. a. gegen Gentrifizierung. In Wirklichkeit geht es ihnen jedoch um eine Veränderung der Stadt nach den Bedürfnissen aller Bewohner im Verbund mit anderen Initiativen in der Stadt. Was das bedeutet, muss nun mit Vertretern des zurückgekehrten städtischen Eigentümers verhandelt werden. Dieser Prozess beflügelt offenbar den Willen zu politischen Neuorientierungen: Künftig will die Stadt Hamburg Grundstücke nicht mehr wie bisher denjenigen überlassen, die dafür am meisten bieten, sondern aufgrund des besten Konzeptes entscheiden. Belastbare Kriterien hierfür wären noch zu erarbeiten, wenn es nicht bei einem reinen Lippenbekenntnis bleiben soll. Auch in anderen Gebieten von Hamburg (z. B. in St. Pauli oder Altona) regt sich der Widerstand gegen den meistbietenden Ausverkauf der Stadt.

Solche Aktivitäten zeigen, dass Bürger wieder ihr Interesse an Stadtentwicklung bekunden und nicht mehr bereit sind, ihre Lebensräume ungefragt Gentrifizierungsrisiken auszusetzen. Wirtschaft und Politik wären klug beraten, diese konstruktive Energie aufzugreifen und für eine originelle eigenlogische<sup>28</sup> Entwicklung aller Stadtsegmente zu nutzen, die eine qualitative Profilierung im internationalen Wettbewerb der Städte um

<sup>27</sup> Der politische Kampf um die alten Häuser in der Hamburger Hafensstraße ist heute ein Denkmal der gescheiterten Konfrontationspolitik gegenüber Hausbesetzungen. Der langjährige Prozess hat durch die vielen Polizeieinsätze viel Geld und Verletzungen gekostet, Lernprozesse erschwert sowie Motivationen für konstruktive Konfliktlösungen aufgezehrt. Schlussendlich mussten die politischen Entscheidungsträger das Handlungskonzept akzeptieren, das bereits zu Beginn von der zivilgesellschaftlichen „Patriotischen Gesellschaft von 1789“ vorgeschlagen war: eine Modernisierung der Gebäude unter Beteiligung der Nutzer auf genossenschaftlicher Basis.

<sup>28</sup> Vgl. Helmuth Berking/Martina Löw, Die Eigenlogik der Städte – Neue Wege für die Stadtforschung, Frankfurt/M.-New York 2008.

Gäste und Investitionen unterstützt. Eine verzweifelte und teure Werbung um ‚kreative Potenziale‘<sup>29</sup> würde sich erübrigen, denn ihre unterschiedlichen Varianten werden von interessanten Stadtqualitäten angezogen oder bleiben da und engagieren sich mit ihren jeweiligen Ressourcen für deren Fortbestand und Weiterentwicklung.

## Perspektiven einer Stadtpolitik jenseits von Gentrifizierung

Wie bereits angemerkt, erfordert eine für die Vermeidung von Gentrifizierung sensible Stadtpolitik umfangreiches Detailwissen über die unterschiedlichen Entwicklungen in verschiedenen städtischen Gebietstypen. Reine Prozessbeschreibungen und moralische Skandalisierungen reichen hierfür keineswegs aus. Erforderlich ist vielmehr eine gründliche interdisziplinäre, strukturelle wie prozessuale Stadtforschung, die auf verallgemeinerbare Ergebnisse oder zumindest auf Erklärungen der Ursachen von spezifischen räumlichen Entwicklungen ausgerichtet ist.

Gentrifier lassen sich aus wirtschaftlich prosperierenden Städten kaum ausschließen, weil sie dort auch gebraucht werden. Auch eine Zwangsverlagerung dieser Bevölkerungsgruppen in Regionen mit Bevölkerungs- und Innovationsbedarf erscheint kaum realistisch. Viel wichtiger wäre es, mit Mitteln von Forschung und Praxis herauszufinden, wie die unterschiedlichen Potenziale von Gentrifiern und der von ihnen „bedrohten“ Bevölkerungsgruppen sinnvoll verknüpft und für eine demokratische Entwicklung von Städten und Regionen genutzt werden können. In Leipzig und anderswo haben solche Prozesse längst eingesetzt. Sie leben u. a. von der Erfahrung, dass einkommenshomogene Siedlungsstrukturen, seien sie durch Armut, mittlere Einkommen oder Reichtum geprägt, längerfristig langweilig werden.<sup>30</sup> Dabei erlahmen kreative Energien und individualisierte Konflikte mit Partnern, Nachbarn oder Freunden nehmen zu.

<sup>29</sup> Vgl. z. B. das Gutachten von Klaus Overmeyer „Kreative Milieus und offene Räume in Hamburg“ im Auftrag der Hamburger Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt.

<sup>30</sup> Vgl. Marcus Menzl, *Leben in Suburbia – Raumstrukturen und Alltagspraktiken am Rand von Hamburg*, Frankfurt/M.–New York 2007.

Aktivitäten gegen Gentrifizierung können sich nicht allein auf politische, wirtschaftliche, soziale oder kulturelle Eingriffe im Bereich des Wohnens beschränken. Dort tritt Gentrifizierung zwar in Erscheinung, ihre Ursachen liegen jedoch in einem komplexen Feld von Wechselwirkungen, das es jeweils vor Ort zu entschlüsseln gilt, bevor zu kurz greifende populistische Maßnahmen ergriffen werden. Angemessene Interventionen können in den Bereichen Bildung, Arbeit, Kultur oder in der Gestaltung von Mobilitätsmöglichkeiten liegen und müssen in der Regel angemessen aufeinander bezogen werden.

Für die Lösung „hartnäckiger“ sozial-räumlicher Probleme ist eine Implantierung von Gentrifizierung durch Großprojekte wie (Bau-)Ausstellungen oder Olympiaden erfahrungsgemäß wenig geeignet. Hierfür bedarf es experimenteller Spielräume zur Entwicklung geeigneter Handlungskonzepte unter Beteiligung derjenigen, deren Probleme zu lösen sind. Dabei kann sich die ökonomisch abgesicherte ‚kulturelle Klasse‘ durch Patenschaften, Stiftungen, Projektförderung nützlich machen und selbst Kreativität sowie Zufriedenheit ernten. Zu bekämpfen sind nicht die Gentrifier, sondern die Strukturen und Prozesse die zur sozialen Spaltung urbaner Lebenswelten und zur Zerstörung der Ressourcen aller Bewohner einer Stadt beitragen.



### European Conference:

Chances for Citizenship Education  
within the Development of Cities  
and Urban Spaces

29 September - 1 October 2010, Trieste, Italy

[www.nece.eu](http://www.nece.eu)

# Auf Angst gebaut

Sowohl die Errichtung der Urhütte als auch die Gründung der allerersten Städte stehen in ursächlichem Zusammenhang mit den

**Michael Zinganel**  
Dr. phil. DI, geb. 1960;  
Architekturtheoretiker und  
Kulturhistoriker in Wien.  
zinganel@mur.at  
www.zinganel.mur.at

Sicherheitsbedürfnissen ihrer Bewohner. Sie sind gewissermaßen Gründungen der Angst: Angst vor Unwettern, Umweltkatastrophen, vor wilden Tieren oder vor gefährlichen oder als gefährlich imaginierten menschlichen Subjekten. Denn die mit der Einführung des Ackerbaus dem kargen Boden mühevoll abgerungenen Früchte sollten natürlich nicht anderen zufallen, die sich illegitimen Zugang zu den Lagern verschafften. Und auch die mit dem Aufkommen des Handels entstehenden Städte schützten sich und ihre Güter mithilfe von Mauern vor Eindringlingen aus dem Außen.

Mauern schließen aber nicht nur aus sondern auch ein. Schutz bedeutet immer auch die Kontrolle der Schutzbedürftigen. Und tatsächlich lauern die Gefahren nicht nur im Außen – die Gefahren lauern auch in der eigenen Wohnung, in der eigenen Festung, in der eigenen Stadt. Sie sind im vermeintlich Sicheren mit eingeschlossen und werden daher zu ihrer Bewältigung auf das Außen – auf das Andere, das Fremde – projiziert. Diese Bedrohungen aus dem Außen sind zum Anderen aber auch essentiell für die Konstitution und Selbstversicherung von Gemeinschaften: denn die eigene „Normalität“ stellt sich vorrangig durch die Abgrenzung von den Anderen – und dabei sehr häufig durch deren Denunzierung oder Diabolisierung – her.

Gegen die Feinde von Außen wurden einst bekanntlich Wälle und Gräben errichtet, die in einem ständigen Hochrüstungsprozess gegen die immer weiter reichenden Angriffswaffen ausgebaut werden mussten. Es entstanden komplexe Bastionen mit Grüngürteln, die bebauungsfrei gehalten wurden, um sich nähernde Angreifer sofort erkennen und unter Beschuss nehmen zu können. Nach 1800 erreichten die Waffen der Artillerie schließ-

lich eine so hohe Reichweite und Schlagkraft, dass Angreifer aus ihren Verdecken in und hinter den Vororten schießen konnten und die Stadtbefestigungen daher aus wehrtechnischen Gründen obsolet wurden.

Danach wuchsen die Städte rasant an, inkorporierten ihre Vorstädte und schlossen mit ein, was vormals ausgegrenzt oder ausgelagert wurde. Dadurch wechselte der potentielle Feind vom Außen ins Innere der Städte. Denn die Machthaber begannen nun die eigene Bevölkerung zu fürchten: zuerst die Aristokratie die bürgerlichen Revolutionäre und dann die Bürger die proletarischen Massen der Vorstadt. Gegen diese „neuen“ Feinde von Innen wird nun vorrangig präventiv vorgegangen: durch die Präsenz von Polizei, den Ausbau der städtischen Beleuchtung (die im 20. Jahrhundert durch die Videoüberwachung ergänzt werden wird) und durch städtebauliche Baumaßnahmen, die der Übersichtlichkeit des Stadtgefüges dienen und den raschen Einsatz der Sicherheitseinheiten ermöglichen.

## Kontrollgesellschaft im Wandel

Der Philosoph Michel Foucault bediente sich in seiner Analyse dieser Kontrollgesellschaft einer bildmächtigen Metapher: Ihr Prinzip, „das alles durchziehende Kerkgewebe der Gesellschaft“, repräsentiere sich ihm zufolge paradigmatisch im Panopticon, jenem 1787 von Jeremy Bentham entworfenen Modell eines idealen Gefängnisses, in dem sich in einem kreisförmigen Gebäude einsichtige Zellen radial um einen uneinsichtigen zentralen Überwachungsturm anordnen. Den Gefangenen soll bewusst gemacht werden, dass sie immer gesehen werden ohne ihrerseits ihre Überwacher sehen zu können. Dadurch würde „das automatische Funktionieren der Macht sichergestellt“. Die Macht würde automatisiert und entindividualisiert, die Überwachung von der Architektur selbst übernommen.<sup>1</sup>

Das Individuum durchläuft heute aber die großen Kontrollmilieus der Gesellschaft nicht mehr allein in chronologischer Reihenfolge als Teil seiner Lebensbiografie, zuerst

<sup>1</sup> Vgl. Michel Foucault, Überwachen und Strafen, Frankfurt/M. 1977.

als Kind „eingeschlossen“ in der eigenen Familie, dann in der Schule, auf der Universität, beim Militär, in der Fabrik, im Krankenhaus usw., wie sie sich Foucault vorgestellt hatte, sondern es wechselt täglich zwischen den unterschiedlichsten Kontrollmilieus, die zunehmend von privaten Unternehmen verwaltet werden,<sup>¶</sup> und deren Zugang daher vorrangig nach ökonomischen Regulativen organisiert wird.

Die zunehmende Privatisierung der vormals öffentlichen Räume und ihre Bewirtschaftung haben zu einer Segmentierung der Territorien und ihrer Kontrolle geführt. Aber auch das Individuum selbst sieht sich zunehmend mit der eigenen fragmentierten Identität konfrontiert. Patchwork-Familie und patchwork-Einkommen werden seine Existenz in der deregulierten Wirtschaft in zunehmendem Maße kennzeichnen.

Gleichzeitig wurden in den westlichen Ländern generalisierte und konsensfähige Wertordnungen für alle von unzähligen Subkulturen abgelöst. Was früher als exzentrisches oder auffälliges Verhalten misstrauisch beobachtet und mitunter als Überschreitung geahndet wurde, wird heute womöglich als Freizeittrend für kaufkräftige Schichten vermarktet. Wie die Marketingkonzepte der Unternehmen wird auch das Handeln der Ordnungsmacht reorganisiert: „In der Kontrollgesellschaft begegnet der Staat dem Niedergang einer universalen Moral daher mit einer ‚Entmoralisierung‘ der Kontrolle. Die Ideen der Resozialisierung, der Besserung und der Behandlung verlieren ihr Gewicht und werden durch das ‚moralferne‘ technokratische Konzept der Sicherheit ersetzt.“<sup>¶</sup> Paradigmatisch für diese Entwicklung ist die hohe Akzeptanz einer geradezu flächendeckenden Ausbreitung der Videoüberwachung.

„Die alles durchdringende und zunehmend technisch vermittelte Überwachung bezieht sich in instrumenteller Reinheit auf die Interessen der jeweiligen Raumbesitzer. Anstelle des von Foucault beschworenen alles durchziehende Kerkgewebe der Gesellschaft stellt sich das neue Bild als Bienenstock ver-

schiedenster Kontrollräume der unterschiedlichen privaten Regierungen dar, ‚du kannst tun was du möchtest, aber tue es in dem dafür vorgesehenen Raum in der dafür vorgesehenen Weise – das gewährt dir Sicherheit vor uns und uns Sicherheit vor dir.‘“<sup>¶</sup>

Der Bedarf nach „Sicherheiten“ geht aber auch von den Subjekten selbst aus. Und die Akzeptanz für Überwachung und Kontrolle steigt mit dem Maß anderer sozialer Verunsicherungen, wie sie vor allem in signifikanten gesellschaftlichen Umbruchsphasen zu Tage treten: Das betrifft nun auch uns. Denn seit den vergangenen Jahrzehnten kündigt sich in den von Globalisierung, Deindustrialisierung und Flexibilisierung sowie von neuen Migrationsströmen gekennzeichneten spätmodernen Gesellschaften eine „Prekarisierung“ der Lebensumstände an, die breite Teile der Bevölkerung erfassen wird und diese daher auch für Verunsicherungen aller Art in besonderem Maße anfällig macht.

Die englische Sprache hält drei semantisch klar differenzierte Begriffe bereit, um diese sich gegenseitig verstärkenden Formen der Verunsicherung zu beschreiben: „Security“, „Certainty“ und „Safety“. Zygmunt Bauman beschreibt den Zusammenhang einer zunehmenden sozialen Unsicherheit, einer schwindenden Verlässlichkeit bezüglich existenz- und familiensichernder Erwerbspositionen und einer Angst vor Kriminalität, die eine erhöhte Erwartungshaltung gegenüber dem Staat produzieren, die dieser nicht mehr einzulösen im Stande ist. Die Akteure reagieren daher in zunehmendem Maße frustriert mit sozialen und räumlichen Rückzugs- und Einschlussstrategien ins Private, in die jeweilige eigene Subkultur, in den eigenen Stadtteil.<sup>¶</sup>

Zum anderen war und ist „Sicherheit“ seit jeher auch immer ein zur Schau gestelltes Statussymbol jener, die sie sich leisten konnten. So entstand auf Basis unterschiedlichster diffuser „Verunsicherungen“ ein äußerst veritabler ausdifferenzierter Markt an ebenso diffusen „Sicherheitsversprechen“: Besonders produktiv sollte sich dabei die Erfindung des volatilen Begriffs der gefühlten, subjektiven

¶ Vgl. Michael Lindenberg/Henning Schmidt-Semisch, Sanktionsverzicht statt Herrschaftsverlust, in: Kriminologisches Journal, 27 (1995) 1, S. 2–17.

¶ Ebd.

¶ Ebd.

¶ Vgl. Zygmunt Bauman, Die Krise der Politik. Fluch und Chance einer neuen Öffentlichkeit, Hamburg 2000, S. 13f., 30ff.

Sicherheit in den frühen 1980er Jahren erweisen, der zur Instrumentalisierung durch die neoliberale Sicherheits- und Wirtschaftspolitik geradezu einlud. Nutznießer dieser „Verunsicherungen“ sind daher nicht nur die Massen-Presse, die Polizei und populistische Politiker, sondern vor allem auch eine boomende private Sicherheits- und Versicherungsindustrie.<sup>16</sup> Aber auch für Architekten, Stadt- und Landschaftsplaner eröffneten sich neue Arbeitsmöglichkeiten, auch wenn sie das nur ungern eingestehen wollen. Denn sie begeben sich dabei in problematische Allianzen mit den oben genannten Berufsgruppen, die ihre spezifischen Ansprüche an einen „sicheren“ öffentlichen Raum in Bauordnungen und technische Normen zu implementieren versuchen, die zunehmend einer internationalen Angleichung unterzogen werden.

## Von der Prävention zum *New Urbanism*

Tatsächlich hat sich in den USA und in Großbritannien die Verbrechensprävention im Bauwesen schon früh sowohl als akademisches Forschungsgebiet als auch als praktische Planungsaufgabe etabliert: *Crime Prevention Through Environmental Design* (CPTED) versteht sich ursprünglich als Gegenstrategie zur traditionellen Befestigungsarchitektur.<sup>17</sup>

Sie basiert auf der Kritik der modernen Massenwohnquartiere und der von Anonymität und zunehmender Kriminalität gekennzeichneten Großstadt.<sup>18</sup> Im Gegensatz dazu setzt sie vor allem auf die Verbesserung der sozialen (Selbst-)Kontrolle der Bewohner und Nutzer in kleinen überschaubaren und abgegrenzten Einheiten, in denen die halb-öffentlichen Räume bestenfalls belebt, jedenfalls aber permanent einsichtig und gut ausgeleuchtet sind.<sup>19</sup> Fremde sollen hier sofort

<sup>16</sup> Vgl. Fritz Sack/Michael Zinganel, *Maximum Security. Zur Konstruktion von Bedrohung*, in: Neue Gesellschaft für Bildende Kunst (NGBK) (Hrsg.), *Revisiting Home. Wohnen als Schnittstelle zwischen Individuum und Gesellschaft*, Berlin 2006, S. 40–69.

<sup>17</sup> Vgl. C. Ray Jeffery, *Crime Prevention Through Environmental Design*. Beverly Hills/CA 1971.

<sup>18</sup> Vgl. Jane Jacobs, *Tod und Leben großer amerikanischer Städte*, Berlin 1963.

<sup>19</sup> Vgl. Oscar Newman, *Defensible Space. People and Design in the Violent City*, New York 1972.

als Eindringlinge erkennbar sein. Die Ansiedlung Gleichgesinnter soll die Gemeinschaftsbildung stärken und die gestalterische Aufwertung deren Identifizierung mit der Nachbarschaft.<sup>10</sup>

Die Immobilienwirtschaft übernahm diese Anregungen mit Begeisterung. Sie kombinierte allerdings die Strategien der situativen Prävention mit konventionellen Befestigungs- und Ausschlussstechniken. Es entstand ein regelrechter Boom an neu errichteten „sicheren“ Wohnanlagen, in der Regel Einfamilien- oder Reihenhaussiedlungen, die durch die Höhe des Kaufpreises sowie die distinktiven Freizeitangebote und das Design eine gewisse Homogenität der Bewohnerschaft garantierten, und die nach außen durch Zäune, Mauern und private Wachdienste festungsartig abgeschirmt waren. Als Voraussetzung für den Erfolg dieser *gated communities* musste die konsequente Diabolisierung gefährlicher Subjekte, Gruppen oder ganzer Stadtteile weiter vorangetrieben werden. Auf diese Weise wurde die Flucht des Mittelstandes aus den Innenstädten beschleunigt und ein fragmentiertes Patchwork aus Hochsicherheitstrakten und Ghettos zurückgelassen – bis auch dieses einer „sicheren“ Restrukturierung unterzogen wurde.

Oscar Newman, der bereits 1972 den Begriff des „defensible space“<sup>11</sup> geprägt und damit die wissenschaftlichen Grundlagen für den *New Urbanism* gelegt hat, muss daher rückwirkend wohl als einflussreichster Theoretiker der Stadtplanung in den USA betrachtet werden. In jeden Fall aber gilt er als Pionier der situativen Prävention. Und seine Arbeit hat maßgeblich dazu beigetragen, dass sich Sicherheitsaspekte – zuerst in den USA und in Großbritannien – zunehmend zu integralen Bestandteilen des architektonischen Entwurfprozesses entwickelt haben. Auch in Deutschland veranstaltete das Bundeskriminalamt bereits 1979 einen ersten Kongress zu Städtebau und Kriminalität.<sup>12</sup> Und seit 2005 bietet das Bundeskriminalamt eine Planungsmappe für Befestigungstechniken und

<sup>10</sup> Vgl. Barry Poyner, *Design against Crime. Beyond Defensible Space*, London 1983.

<sup>11</sup> O. Newman (Anm. 9).

<sup>12</sup> Vgl. Edwin Kube (Hrsg.), *Städtebau und Kriminalität. Internationales Symposium im Bundeskriminalamt*, Wiesbaden 1979.

situative Prävention sowie Schulungskurse für Planer an.

## Re-Militarisierung der Städte

Nicht nur Wohnanlagen sondern vielmehr auch die riesigen Büroanlagen, Shopping Malls und Freizeitparks, die immer größere Anteile des vormals öffentlichen Raums der Stadt einnehmen, verschließen sich zusehends. Es ist aber keineswegs ein Privileg der privaten Immobilienentwickler und ihrer Sicherheitsdienste, eine Re-Militarisierung der Städte voranzutreiben und immer smarter werdende Ausschlussstechniken für Unerwünschte zu entwickeln. Auch die Staatsmacht selbst ist daran beteiligt. Im Folgenden werden in chronologischer Reihenfolge drei Beispiele angeführt, wie aufgrund jeweils unterschiedlicher Gefahrenszenarien präventive Maßnahmen gegen Unerwünschte gesetzt und dabei vergangen geglaubte Strategien wiedererweckt werden:

**Wien nach 1848:** Die Wiener Rindstrasse, ein breiter prächtiger Boulevard an dem sich weiträumige Parks, Repräsentationsbauten der konstitutionellen Monarchie und der aufgeklärten Kultur wie das Parlament, das Rathaus, Theater, Museen und die Universität sowie die Wohnpaläste des neuen bürgerlichen Establishments aneinander reihen, stellt unzweifelhaft eine der signifikantesten topographischen Zäsuren im Stadtbild gewachsener europäischer Großstädte dar. Die alten 1641 bis 1672 errichteten Bastionen und das sie umgebene bis zu 350 Meter breite unbebaute Glacis, die einst die Stadt gegen Angriffe von außen (z. B. gegen die Türken) geschützt hatte, sollten nun die Voraussetzung bilden, Maßnahmen zu schaffen, um auch gegen die neuen Feinde von innen erfolgreich vorzugehen.

Denn der Bau der Ringstrasse war nicht nur vom bürgerlichen Repräsentationsbedarf, sondern vor allem auch von militärstrategischen Erwägungen geleitet. Nach der Revolution von 1848 suchte das Militär seine Maßnahmen gegen zukünftige Volksaufstände zu verbessern. Um die Implementierung ihrer Forderungen zu garantieren, wurden Offiziere in die Vorbereitung und Entscheidung des Wettbewerbes zur Neugestaltung der Ringstrasse eingebunden. Den Kern ihrer

Strategie bildete ein „Festungsdreieck“,<sup>13</sup> bestehend aus zwei riesigen Defensivkasernen an den jeweiligen Enden der Ringstraße am Donaukanal. Die Waffenlager in der Innenstadt, die im Revolutionsjahr dem „inneren Feind“ in die Hände gefallen waren, wurden zu einem großen zentralen Arsenal (1849–1855), zusammen gefasst, das nunmehr die Spitze des Festungsdreiecks bildete und mit seiner modernen Artillerie bis ins Zentrum reichte. Auch das äußere Burgtor sollte bewaffnet und jeweils auf halbem Wege zu den Defensivkasernen zwei zusätzliche Wacht Häuser errichtet werden, um die Sichtbeziehung zwischen den einzelnen militärischen Anlagen rund um den Ring zu garantieren. Der gesamte Boulevard hätte so unter Feuer genommen werden können, sollten „aufrührerische Volksmassen aus den Vorstädten“ in die Innenstadt einzudringen versuchen. Wie in Paris entsprach auch hier Fahrbahnbreite des Boulevards der Breite der eines geordnet aufmarschierenden Bataillons. Die beidseitig parallel geführten Reitalleen sollten das Vordringen der Kavallerie erleichtern.

**London nach 1992:** In London sind die Grenzziehungen zwischen historischer Innenstadt und deren Vorstädten bei weitem nicht so signifikant wie in Wien. Die alte City ist aber ebenso wie in Wien Ziel des Städte-Tourismus, teuerste Konsumzone und eines der weltweit bedeutendsten Finanzzentren.

Im April 1992 hatte nun genau dort eine Lastwagenbombe der IRA zwei Büroblöcke in Stücke gerissen: das Baltic Exchange, in dem der weltweit führende Markt für den Schiffshandel angesiedelt war, sowie das Gebäude der Commercial Union. Zwar richtete sich der Krieg der IRA gegen die britische Krone und die staatlichen Institutionen, doch mit diesem Angriff traf er tatsächlich die Achillesferse der britischen Metropole: vor allem internationale Finanzdienstleistungsunternehmen fühlten sich besonders von der Anschlagserie betroffen. Nachdem diese der *City of London* drohten, in andere Metropolen abzuwandern, falls ihre Sicherheit nicht garantiert werden könne, muss-

<sup>13</sup> Vgl. Kurt Mollik/Hermann Reining/Rudolf Wurzer, Planung und Verwirklichung der Wiener Ringstraßenzone, in: Renate Wagner-Rieger (Hrsg.), Die Wiener Ringstraße. Bild einer Epoche, Wiesbaden 1980, S. 164.

te umgehend reagiert werden. Nun ging es nicht mehr allein um den symbolischen Schaden der angegriffenen Institutionen in einem aus den engen Grenzen ausbrechenden Bürgerkrieg, sondern Londons Status als Wirtschaftsstandort, als *global city*, schien plötzlich auf dem Spiel zu stehen – und damit die Wirtschaft der gesamten Nation.

Der *Financial District* in der *City of London* musste daher zu einer Hochsicherheitszone ausgebaut werden, in der neben verbesserten Fortifikationstechniken der einzelnen Bauten und einer umfassenden Videoüberwachung der völligen Neuordnung des Verkehrssystems der City eine bedeutende Rolle zukam. Die Anzahl der Zufahrtsstraßen (und später auch die der Ausfahrtsstraßen) wurde auf nur sieben reduziert, die alle mit Kontrollposten ausgestattet wurden, an denen jeweils zwei Videoüberwachungskameras sowohl die Kennzeichen der einfahrenden Autos als auch die Gesichter ihrer Fahrer aufnehmen und mit Dateien aus dem Polizeicomputer vergleichen können.<sup>14</sup>

**Genua 2001:** Keineswegs Sitz der Spitzen des internationalen Kapitals, wurde Genua im Juli 2001 Opfer des Repräsentationsdrucks im Städtewettbewerb, nachdem Silvio Berlusconi die Idee hatte, sich selbst und die aktuelle Gentrifizierung der Hafenstadt durch ein Treffen der Allermächtigen weltweit mediengerecht vorzustellen – in einem Mega-Event, dessen außergewöhnliche Inszenierung schlussendlich außer Kontrolle zu geraten schien.

Der Hafen und die engen Gassen der Altstadt wurden für die Dauer des Gipfels als Hochsicherheitszone ausgewiesen, gänzlich geräumt und systematisch abgeriegelt. Während die Wirtschaftskapitäne und Regierungschefs der acht mächtigsten Staaten der Welt auf eigens angemieteten (Kreuzfahrt-)Schiffen im Hafen konferierten, wurden private Boote verbannt und mussten sich während des Gipfels einen anderen Ankerplatz suchen. 30 000 Bewohner der Altstadt wurden überprüft und registriert. Niemand durfte die *zona rossa* ohne Sondergenehmigung betreten. Die Zugangsstraßen und

Gässchen zur Altstadt wurden mit über zwei Meter hohen Stahlgittern abgeriegelt. Und dort, wo der Platz es zuließ, wie beispielsweise am Hafen, wurden sogar Trennwände aus übereinander geschichteten Containern errichtet, als ginge es darum, die mittelalterliche Stadtmauer wieder aufzubauen. Anlässlich des G8-Gipfels wurde für wenige Tage tatsächlich ein *Ring of Steel* errichtet, der die rote Hochsicherheitszone von der gelben Gefahrenzone abgrenzen sollte.

Die potentiellen Feinde waren hier weder aufrührerische proletarische Massen wie im kaiserlichen Wien noch Terroristen wie in London, sondern rund 200 000, inzwischen weltweit organisierte Kritiker der Politik der westlichen Wirtschaftsmächte.

## Ausnahmezustand

Mit dem G8-Gipfel von Genua trat erstmals äußerst signifikant zutage, dass die Verteidigung von Treffpunkten von Regierungsvertretern und Wirtschaftskapitänen durch die Staatsmacht (auch auf europäischem Boden) eine radikale Ausweitung erfährt, die von massiven Eingriffen in Stadtgestaltung und -nutzung sowie in das Bürgerrecht charakterisiert sind. Hier entsteht eine flexible Stadt, die sich dem Repräsentations- und Schutzbedürfnis von Vertretern der Regierungs- und Wirtschaftsmächte bei Bedarf völlig unterordnen muss. De-Territorialisierung und Re-Territorialisierung betroffener Stadtteile können scheinbar nach Belieben verfügt werden. Die Bürger der Stadt werden vorübergehend ausgesperrt oder auf bestimmte Zeit enteignet. Der Staatsapparat versetzt eine ganze Stadt in militärischen Ausnahmezustand, er demonstriert seine Wehrebereitschaft durch die baulichen Maßnahmen, ebenso wie durch das martialische Auftreten seiner Truppen, die den Widerspruch seitens der Gegner erst recht herausfordert. Auf symbolischer Ebene wird dadurch eine eindeutige Bewertung vorgenommen, die zu schützenden aufgewertet und die ausgeschlossenen, vermeintlichen Angreifer diabolisiert.

## Relativierung

Das Individuum findet sich daher in seinem Alltag zunehmend in einem Kontinuum wechselnder Kontrollmilieus wieder, die

<sup>14</sup> Vgl. Jon Coaffee, *Fortification, Fragmentation, and the Threat of Terrorism in the City of London in the 1990s*, in: John R. Gold/Georg Revill (eds.), *Landscapes of Defence*, London 2000, S. 114–129.

sich mehr oder weniger hermetisch voneinander abzuschließen imstande sind: Kritiker zeichnen sogar ein dystopisches Bild der Stadt aus privatisierten und privat verwalteten und bewachten Zonen des Konsums, aus Business-Bunkern und *gated communities*, in deren verbliebenen Zwischenräumen die staatlichen Kontrollinstanzen gegen potentielle Übergriffe patrouillieren.<sup>15</sup>

Diese sozialräumlichen Verinselungen sind aber keineswegs so hermetisch, wie sie auf den ersten Blick erscheinen. Denn Arbeitsort, Schule oder Konsum- und Freizeiteinrichtungen lassen sich nur durch die Überschreitung ihrer Grenzen erreichen. Darüber hinaus wird der dem angestrebten Milieu und Status angepasste Lebensstil durch eine Vielzahl an Dienstleistungen ermöglicht. Interessant, dass dabei gerade Subjekte aus jenen sozial niedrigen Milieus, die bislang als bedrohlich galten, in die geschützten Bereiche der Wohlhabenden eingeladen werden.

Und so kommt es tatsächlich tagtäglich zu einer Durchlässigkeit der Grenzen durch die Vielzahl von Grenzüberschreitungen, wenn beispielsweise Kindermädchen, Reinigungs- und Sicherheitspersonal aus den ärmeren Stadtteilen die Haushalte und Arbeitsstätten von Wohlhabenden aufsuchen. Besonders signifikant zeigt sich diese Überschreitung, wenn die Nachtschichten in den großen Krankenanstalten und Altenheimen beginnen, und der ohnehin große Anteil an Pflegepersonal mit migrantischem Hintergrund noch weiter anwächst – als würde über Nacht die gesamte Pflege des erkrankten oder überalterten Mittelstandes allein in die Hände von Zuwanderinnen und Zuwanderern gelegt werden.

Zudem suchen auch im urbanen Alltag in Mitteleuropa viele der behütet aufgewachsenen und gebildeten Mittelschicht in ihrer Freizeit in zunehmendem Maße gerne Areale auf, die von heterogenen sozialen Gruppen frequentiert werden, oder die zumindest eine gesicherte Aussicht auf andere „interessantere“ soziale Milieus ermöglichen. Es zeigt sich sogar, dass Städte im regionalen und internationalen Wettbewerb Zonen authentischer urbaner Kultur aufweisen müssen, an denen sie ihre „Toleranz“ gegenüber

unterschiedlichen sozialen Randgruppen offensiv zur Schau stellen. Die hochmobilen kreativen Milieus suchen geradezu nach solchen Zonen, wie sie sich beispielsweise in der Nähe disfunktionalisierter urbaner Brachen und informeller migrantisch geprägter Märkte entwickeln. Die Präsenz sozialer Gruppen, die für die Einen der Anlassfall der Aus- und Abgrenzung sind, kann für die Anderen zum unerlässlichen Attraktor werden.

Aber auch selbst Tatorte realer Verbrechen, Orte politischer Konflikte, vormalig oder aktuell gefährliche Zonen der Stadt lassen sich zu touristischen Attraktionen für „Authentizität“ suchende Stadttouristen umwerten. Wiederum ist es gerade der gebildete Mittelstand, der abseits der ausgetretenen Pfade der Tourismusindustrie, die wahren Mythen der Stadt zu erfahren sucht, herumstreifend wie ein Stadtforscher, auf der Suche nach den Anderen, den Ausgeschlossenen, an deren Scharfblick er – in seinen Imaginationen – zu partizipieren versucht.

Ironischerweise wirkt die zunehmende Implementierung von Sicherheitsstrategien in Architektur und Stadtplanung gleichzeitig in einander völlig entgegengesetzten Formen auf die Entwicklung des Gemeinwesens: zum Einen wird die erhöhte Selbsteinschließung und Abschottung von Individuen und Gruppen unterstützt. Das schwächt das Gemeinwesen und überlässt den öffentlichen Raum gefährlichen Randgruppen. Zum Anderen sind diese Rückzugsmöglichkeit und die Sicherheit in der Integrität des geschützten Privattraums die Voraussetzung, dass sich die Individuen überhaupt „gestärkt“, gefestigt und entsprechend selbstsicher in die halböffentlichen und öffentlichen Räume der Stadt wagen.

Aber auch die Selbstverschließung kann gegensätzliche Wirkungen nach sich ziehen: sie kann zur völligen Vereinzelung der Akteure führen. Sie kann aber auch dazu beitragen, kleine übersichtliche soziale Gemeinschaften oder Subkulturen zu produzieren, deren spezifische Identität stiftenden Kulturen, Zeichen und Rituale wiederum bei anderen Akteuren auf erhöhtes Interesse stoßen. Was also einmal ein, aus- oder abgeschlossen war, kann so neue Begehrlichkeiten produzieren ...

<sup>15</sup> Vgl. Mike Davis, *City of Quartz*. Ausgrabungen der Zukunft in Los Angeles, Berlin 1994.

# APuZ

Nächste Ausgabe

18/2010 · 3. Mai 2010

## Europa nach Lissabon

*Ludger Kühnhardt*

Die zweite Begründung der europäischen Integration

*Matthias Dembinski*

EU-Außenbeziehungen nach Lissabon

*Ann-Christina L. Knudsen*

Demokratisierung der EU-Agrarpolitik

*Daniela Schwarzer*

Governance in der Euro-Zone

*Peter-Christian Müller-Graff*

Das Lissabon-Urteil: Implikationen für die Europapolitik

*Niklas Schrader*

Offene Koordinierung in der EU-Rentenpolitik

*Stephan Leibfried*

Staatsschiff Europa

Herausgegeben von  
der Bundeszentrale  
für politische Bildung  
Adenauerallee 86  
53113 Bonn



### Redaktion

Dr. Hans-Georg Golz  
Asiye Öztürk  
(verantwortlich für diese Ausgabe)  
Johannes Piepenbrink  
Manuel Halbauer (Volontär)  
Telefon: (02 28) 9 95 15-0  
[www.bpb.de/apuz](http://www.bpb.de/apuz)  
apuz@bpb.de

Redaktionsschluss dieses Heftes:  
15. April 2010

### Druck

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main

### Satz

le-tex publishing services GmbH  
Weißensefer Straße 84  
04229 Leipzig

### Abonnementservice

**Aus Politik und Zeitgeschichte** ist Bestandteil der Wochenzeitung **Das Parlament**. Jahresabonnement 34,90 Euro; für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Auszubildende (Nachweis erforderlich) 19,00 Euro. Im Ausland zzgl. Versandkosten.

### Vertriebsabteilung **Das Parlament**

Societäts-Verlag  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (069) 7501 4253  
Telefax (069) 7501 4502  
parlament@fsd.de

### Nachbestellungen

IBRo  
Kastanienweg 1  
18184 Roggentin  
Telefax (038204) 66 273  
bpb@ibro.de  
Nachbestellungen werden bis 20 kg mit 4,60 Euro berechnet.  
Für Unterrichtszwecke dürfen Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

### Die Veröffentlichungen

in **Aus Politik und Zeitgeschichte** stellen keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar; sie dienen der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X

*Walter Siebel*

## 3–9 Die Zukunft der Städte

Bestimmte Merkmale der europäischen Stadt werden durch gegenwärtige Entwicklungen infrage gestellt: Die Stadt als Ort der Hoffnung auf ein besseres Leben, als politisches Subjekt und Stadtentwicklung als Wachstumsprozess. Der Beitrag benennt Trends, welche die europäische Stadt stärken können.

*Sophie Wolfrum*

## 9–15 Stadt, Solidarität und Toleranz

Bis in die Moderne war die öffentliche Sphäre diejenige, in der sich der Mensch entfalten und an der Welt teilhaben konnte. Selbsterschaffung wird heute dagegen in der Sphäre des Privaten gesehen. Die Auswirkungen auf das Verständnis von Urbanität sind Gegenstand einer Politik des Städtischen.

*Christine Hannemann*

## 15–20 Heimischsein, Übernachten und Residieren

Der Titel des Beitrages zielt auf die symbolische Synopse der vielfältigen Formen des Wohnens, die heute die Städte prägen. Angesichts der postmodernen Transformation aller Lebensverhältnisse diskutiert dieser Beitrag einige zentrale Aspekte des Wandels des städtischen Wohnens.

*Katja Marek*

## 21–26 Rekonstruktion! Warum?

Die Gründe für eine Rekonstruktion sind stadtspezifisch, dennoch gibt es stadtübergreifende Faktoren: Stadtimageplanungen, finanzielle Überlegungen und das Engagement von Bürgervereinen. Doch was bedeutet das für unser Geschichtsverständnis, unsere Identität und unsere künftigen Stadtbilder?

*Ingrid Breckner*

## 27–32 Gentrifizierung im 21. Jahrhundert

Beginnend mit begrifflichen Klärungen rekonstruiert der Beitrag zentrale Diskussionslinien seit den 1960er Jahren und reflektiert entstandene Erkenntnisse. Die Darstellung aktueller Entwicklungen im Themenfeld der Gentrifizierung schließt mit politischen und wissenschaftlichen Handlungsperspektiven ab.

*Michael Zinganel*

## 33–38 Auf Angst gebaut

Die Stadtbewohner finden sich in ihrem Alltag zunehmend in einem Kontinuum wechselnder Kontrollmilieus wieder, die sich mehr oder weniger hermetisch voneinander abschließen können. Jedoch zeigt sich tagtäglich die Durchlässigkeit der Grenzen durch eine Vielzahl von Grenzüberschreitungen.